Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 6,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: Schriftleitung: Amt Lützow 3394
Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248
Postscheckkonto: Berlin 25432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 50 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von 2.— Mark für die viergespaltene Reklamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 275. [57. Jahrgang.] Freitag den 5. Oktober 1917. Zweite Ausgabe [57. Jahrgang.] Nr. 275.

Berlin, den 4. Oktober.

Der Krieg.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 4. Oktober, abends. (W. T. B.)

Auf dem Schlachtfeld in Flandern sind die Engländer auch bei dem heutigen Großangriff nur etwa 1 Kilometer tief in unsere Abwehrzone zwischen Poelkapelle und Gheluvelt eingedrungen. Besonders erbittert wird noch östlich von Zonnebeke und westlich von Becelaere gekämpft.

Von den anderen Fronten ist nichts Besonderes gemeldet.

Von den Fronten.

Berlin, 4. Oktober. Am 3. Oktober gelang es uns, trotz stärkster feindlicher Gegenwirkung unsere vorderste Linie an der Straße Menin—Ypern vorzudrücken.

Die Engländer setzten den Tag über ihre planmäßigen Trommelfeuerüberfälle auf unseren Stellungsbogen um Ypern fort, die sich gegen Abend zwischen Poelkapelle und Zandvoorde wiederholt zu stärkstem Feuerorkan steigerten. Besonders planmäßiger Beschuß richtete sich gegen Zonnebeke. Auch während der Nacht hielt vom Westrande des Houthoulster Waldes bis zur Lys, besonders östlich Ypern, stärkstes Feuer an, das am 4. Oktober, 5 Uhr 45 Minuten vormittags auf der ganzen Front von Mangelaere bis zum Kanal von Hollebeke schlagartig in wildesten Feuerwirbel überging und ununterbrochen in größter Stärke andauert. Hier erfolgte am frühen Morgen der erwartete neue feindliche Großangriff gegen den Ypernbogen. Die Flandernschlacht ist wieder in vollem Gange.

Auch südlich des Kanals von Hollebeke bis zur Deule steigerte sich die Feuertätigkeit.

Bei lebhafterem Feuer an der Arrasfront wurden nordöstlich Vermelles und südlich Monchy starke feindliche Patrouillen unter blutigen Verlusten für den Feind abgewiesen. Stärkeres Feuer in Gegend St. Quentin verursachte in der Stadt neue Brände. An der Aisnefront steigerte sich gegen Abend das Feuer an der Laffaux-Ecke und in Gegend Braye zu zeitweiser großer Heftigkeit. In Gegend Braye kehrten unsere Patrouillen, die bis zum zweiten feindlichen Graben vorgedrungen waren, mit Gefangenen zurück. Auch südöstlich der Maas blieb nach den abgeschlagenen zahlreichen feindlichen Gegenangriffen das feindliche Feuer lebhaft und steigerte sich von 8 Uhr 30 Minuten abends zu größter Stärke. Hierauf erfolgten wiederum starke Angriffe des Gegners in tief gegliederten Wellen gegen unsere dortigen neugewonnenen Gräben. Sie wurden im Sperr- und Maschinengewehrfeuer unter schwersten Verlusten abgewiesen. An einer Stelle vorübergehend eingedrungener Feind wurde in sofortigem Gegenstoß geworfen. Die Stellung ist restlos in unserem Besitz. Die Zahl der Gefangenen, die in unserer Hand blieben, hat sich auf 170 erhöht. Die Verluste des Feindes sind außerordentlich schwer. Zwischen Maas und Mosel setzte nachmittags auf unsere Stellungen westlich Pont-à-Mousson plötzlich starkes feindliches Feuer ein, das jedoch gegen Mittag wieder abflaute.

Im Osten steigerte sich zeitweise die Artillerietätigkeit nördlich der Düna und am Zbrucz. An der Sereth wurden feindliche Vorposten trotz heftiger Gegenwirkung um etwa 1 Kilometer zurückgedrückt. Am unteren Sereth drangen Sturmtrupps nördlich Maxineni in die feindliche Stellung ein, sprengten feindliche Minenwerfer, fügten dem Feinde starke Verluste zu und kehrten mit Gefangenen und Maschinengewehren zurück.

An der Oberen Donau war die Artillerietätigkeit zeitweise lebhafter.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 4. Oktober 1917. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz und Albanien. Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe im Gabriele-Abschnitt ließen gestern nach. Der Vortag hat uns 6 italienische Offiziere, 407 Mann und 2 Aerzte als Gefangene eingebracht. Unsere Flieger schossen 3 feindliche Flugzeuge ab.

An der Tiroler Front keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Aus dem österreichisch-ungarischen Kriegspressequartier.

Wien, 4. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am gestrigen Tage kam es an der Isonzo-Front zu keinen großen Kämpfen. Im Gabrielesabschnitt wiederholt Artilleriestörfälle sowie kleinere Handgranatenangriffe des Feindes, die abgewiesen wurden. Drei feindliche Flieger sind im Laufe des Tages im Luftkampfe abgeschossen worden, darunter ein Franzose. Unsere Flugzeuge rückten nach den Kämpfen vollzählig ein.

Beiderseits des Etschtales lebhafte Artilleriekämpfe.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im allgemeinen war die Artillerietätigkeit gestern geringer. Ein K. und K. Flugzeug schoß einen russischen Nieuport ab. Der Insasse des abgeschossenen Aeroplans — ein russischer Kapitän — ist tot. An der Heeresfront des Generalobersten Erzherzogs Joseph kam es nur zu Patrouillenkämpfen. Bei der Heeresgruppe des Generalobersten Boehm-Ermolli war die Artillerietätigkeit reger als in den vorhergegangenen Tagen. Zur Vergeltung für feindliche Bombenwürfe wurde der Standort eines russischen Stabes südöstlich Grymalow von einem Flugzeuggeschwader angegriffen. Zahlreiche Treffer sowie ausbrechende Brände wurden beobachtet. Alle unsere Flugzeuge kehrten unversehrt zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keinerlei Kampfhandlungen wichtigerer Natur.

Wien, 4. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Heute nacht hat eines unserer Seeflugzeuggeschwader den Bahnhof und die Ausladestelle von Bolazzo mit schweren, mittleren und Brandbomben sehr erfolgreich bewerfen. Trotz heftigen Abwehrfeuers sind alle Flugzeuge eingerückt. Am 3. Oktober nachts hat eines unserer Seeflugzeuggeschwader Bahnanlagen von Ronchi trotz Nebel und Abwehrfeuer mit schweren und Brandbomben sehr erfolgreich belegt. Alle Flugzeuge sind eingerückt.

Die Versenkung des „Amiral Kersaint".

Paris, 3. Oktober. (Agence Havas.) Der Dampfer „Amiral Kersaint" wurde am 14. September in den spanischen Hoheitsgewässern von einem Unterseeboot angegriffen, das sich nach an der Küste hielt inmitten von Fischerbooten. Die Anwesenheit der Fischer gestattete dem französischen Fahrzeug nicht, von seinen Geschützen wirksamen Gebrauch zu machen. Nach einem längeren Kampfe, in dessen Verlauf er die spanischen Hoheitsgewässer verließ, sank der „Amiral Kersaint" etwa 5 Meilen vom Lande entfernt. Der Kapitän blieb in der Hand des Feindes. 8 Mann der Besatzung wurden während des Kampfes getötet. Der zweite Kapitän und ein Schiffsjunge erlagen ihren Verwundungen.

Zusatz: Von zuständiger Stelle erfahren wir hierzu:

Diese neueste Lügennachricht der Agence Havas ist ein Schulbeispiel dafür, mit welchen Mitteln von französischer Seite gearbeitet wird, um die deutsch-spanischen Beziehungen zu vergiften und gleichzeitig die deutsche U-Bootskriegführung herabzusetzen. Diesmal handelt es sich allerdings um ein derartig plumpes Machwerk, daß die Verleumder und ihr Verfahren einmal in voller Deutlichkeit gekennzeichnet werden können.

Der wirkliche Sachverhalt ist folgender: Ein deutsches U-Boot sichtete am 14. September in der Nähe der spanischen Ostküste in der Morgendämmerung den bewaffneten französischen Dampfer „Amiral de Kersaint" und griff ihn bald darauf mit Artillerie an. Im Augenblick des Feuereröffnens stand das U-Boot mehr als 6 Seemeilen von dem nächsten Land entfernt, also über 3 Seemeilen außerhalb der spanischen Hoheitsgewässer. Der Schiffsort war durch völlig genaue und sehr einfache Ortsbestimmung nach Kap Tortosa festgestellt worden. Kein einziges Fischerboot oder sonst ein Fahrzeug befand sich in der Nähe des Bootes. Der französische Dampfer stand noch 6000 Meter weiter nach See zu. Das U-Boot, zwischen Küste und dem Dampfer stehend, schoß nach See zu, so daß auch keine Möglichkeit bestand, daß zu weit gehende Granaten die Hoheitsgewässer erreichen könnten.

„Amiral de Kersaint" flüchtete gleich nach den ersten Schüssen, von unserem U-Boot verfolgt, mit östlichem Kurs nach See zu, wobei er bald Treffer erhielt, durch welche ein Geschütz ausfiel. Mit der offenkundigen Absicht, sich vor dem vernichtenden Feuer des U-Boots zeitweise zu bergen, fuhr der Dampfer dann in eine spanische Fischerflottille hinein, die er zwischen sich und das U-Boot brachte und so letzterem das Feuer erschwerte. Das näherkommende U-Boot jagte den Dampfer wieder aus den Fischerfahrzeugen heraus und durchfuhr, auf kürzesten Wege verfolgend, naturgemäß selbst kurze Zeit die Fischerflottille. Der verfolgte und immer schwerer beschädigte Dampfer suchte nun, nach Süden wendend, in großem Bogen Land zu erreichen und sich zu retten. Dabei suchte er noch ein zweites Mal Schutz zwischen Fischern zu finden, ohne Rücksicht auf deren Gefährdung zu nehmen, wurde aber wieder verjagt und sank bald darauf, auch jetzt noch mehr als 4 Seemeilen außerhalb der spanischen Hoheitsgewässer.

Der hier auszugsweise wiedergegebene dienstliche Gefechtsbericht des deutschen Kommandanten wird durch die schriftlichen Aufzeichnungen des französischen Kapitäns des „Amiral de Kersaint", der sich als Kronzeuge in unserer Hand befindet, in allen Punkten bestätigt.

Die Presse zur Rede des Grafen Czernin.

Bern, 4. Oktober. Die deutsch-schweizer Presse bespricht die Rede des Grafen Czernin fast durchweg zustimmend. Eine Meinungsverschiedenheit besteht einzig über die Befristung der Vorschläge des Grafen Czernin. Die „Basler Nationalzeitung" stellt fest, daß Graf Czernin die Tür in eine schönere Welt des ewigen Friedens öffnet, und bedauert, daß er für eine Nichtannahme der Entente später eine Mehrforderung Oesterreich-Ungarns in Aussicht stellt. Der „Basler Anzeiger" dagegen glaubt, daß gerade die Androhung steigender Forderungen der Entente die Beantwortung der Note des Papstes wesentlich erleichtern werde. Auch das „Berner Tagblatt" glaubt, daß in der Befristung nur eine offene Präzisierung der Friedensbotschaft liege, um dem Feinde die Möglichkeit zu geben, sich über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen zu entscheiden. Die „Zürcher Post" erwartet eine stärkere Wirkung der Rede des Grafen Czernin, falls die Rede von Berlin aus gehalten wäre. Die „Zürcher Post" hält es angesichts der augenblicklichen Strömungen für keineswegs sicher, daß auch Deutschland zu einer glatten Annahme des Programms Czernins bereit wäre.

Bern, 4. Oktober. Der „Bund" schreibt zur Rede des Grafen Czernin, sie verdiene sicher den Namen eines historischen Dokumentes. Czernin baue seine interessanten Ausführungen auf ein Tatsachenmaterial auf, dessen gute Fundierung sofort ins Auge falle. Der ganze Gedankengang zeige eine sehr bedeutende Durchdringung mit neuen Ideen vom Standpunkte aller derjenigen, die einen Verständigungsfrieden herbeisehnten, und gerade die Schweiz habe großes Interesse an einem solchen. Deshalb sei die Kundgebung Czernins mit Freuden zu begrüßen.

Stockholm, 4. Oktober. Die Rede des Grafen Czernin findet in der schwedischen Presse eine sehr gute Aufnahme. „Stockholms Dagblad" hebt besonders die Andeutungen Graf Czernins hervor, daß die Fortsetzung des Krieges die Mittelmächte dazu nötigen würde, ihre Bedingungen zu verschärfen. Im Anschluß hieran schreibt die Zeitung:

Sein Gedankengang ist greifellos der, daß der Gegner sonst ohne jedes Risiko den Krieg, solange wie es ihm beliebt, in der Hoffnung auf günstigere militärische Konjunkturen fortsetzen kann, wobei er immer die Sicherheit hat, daß die Mittelmächte bei ihrem Angebot „keine Annexionen und Entschädigungen sowie Abrüstung und Schiedsgericht" ausharren werden. Die Alliierten haben wohl schon ihre Entscheidung gefällt, doch Graf Czernin stellt ihnen nun klar und deutlich die Frage, ob sie sich jetzt zu einem Verständigungsfrieden entschließen wollen. Eine ablehnende Antwort wird wohl nicht lange ausbleiben, das ist eine an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit, die besonders auf seiten der Neutralen nur mit tiefem Bedauern festgestellt werden kann.

„Svenska Dagblad" entnimmt der Rede das Zugeständnis, daß Oesterreich Serbien und Montenegro herausgeben wolle, und erklärt im Anschluß hieran, wenn das der Fall sei und Deutschland seine Zustimmung gebe, so sei ein Angebot gemacht, dessen Ablehnung die Ententeregierungen vor ihren eigenen immer mehr von Friedensehnsucht ergriffenen Völkern nur schwer verteidigen könnten. Dann könne man nicht länger sagen, daß der Krieg für die Befreiung der kleinen Nationen fortgesetzt werde.

* * *

Bern, 4. Oktober. In Besprechung der Rede Graf Czernins schreibt der „Messaggero", Graf Czernin habe sich wohl für den vom Papst gewünschten Frieden erklärt, während der Papst einen territorialen Ausgleich zwischen Oesterreich und Italien befürworte, verlange Graf Czernin die Räumung der von den Italienern besetzten Gebiete und Entschädigungen. Es sei allerdings für Oesterreich ein großes Opfer, auf irgendwelche territoriale Vergrößerung zu verzichten, es sei jedoch selbstverständlich, daß, falls die Alliierten ohne weiteres nachgäben, Oesterreich sein imperialistisches Programm der freien Hand am Balkan, in Rußland, der Lombardei und Venezien wieder aufnehmen würde.

Unsere U-Boote.

T. d. A. Berlin, 4. Oktober. In der Londoner Zeitschrift „The War Illustrated" veröffentlicht der Marineschriftständige H. W. Wilson nachstehende Ausführungen:

Unsere erste und notwendigste Aufgabe ist heute, den U-Bootsfeldzug siegreich zu erledigen. Finden wir irgendwo ein Anzeichen dafür, daß unsere Methoden der Unterseeboote besser Herr werden als bisher? Die Anzeichen eines wirklichen Erfolges würden sein: 1. eine markante und ständige Abnahme in der Anzahl und Tonnage der versenkten Schiffe, 2. die Gefangennahme oder sichere Zerstörung zahlreicher feindlicher U-Boote.

Anfsatt nun die deutschen Ziffern der Versenkungen von fünf Millionen Tonnen in sechs Monaten gelten zu lassen, wollen wir annehmen, daß in Wirklichkeit nur drei oder vier Millionen Tonnen versenkt wurden. Es besteht kein Zweifel, daß unsere Neubauten weit hinter dieser Zifer zurückgeblieben sind und auch in Zukunft hinter ihr zurückbleiben werden, solange der Krieg währt. Wenn aber bei dem heutigen System nicht genug neue Tonnage erbaut wird, wird der verfügbare Schiffsraum rapide sinken, und der Zusammenbruch ist unvermeidbar. Man kann nicht in einem Jahre sechs Millionen Tonnen verlieren und nur drei Millionen Tonnen bauen, ohne früher oder später zusammenzubrechen. Die Wirkung des Verlustes ist akkumulativ, sie wird erst wenig gefühlt, dann aber wird sie um so ernster und schwerer.

Die Verbandsmächte mögen nun ihre Vorteile darin sehen, zu Land eine abwartende Haltung einzunehmen, damit die Vereinigten Staaten den Sieg vervollständigen; jedoch die Truppen der Vereinigten Staaten können nie in Europa erscheinen, ohne die zu ihrer Beförderung und Versorgung erforderlichen Schiffe. So hängt die Hilfe, die Amerika bringen kann, von unserem Erfolg gegenüber dem Unterseebootkrieg ab.

Die Methode der Bekämpfung der U-Boote beschränkt sich gegenwärtig auf die passive Defensive. Unsere gegenwärtige Art der Kriegführung würde beschlossen, als unsere Seemacht noch viel kleiner als heute war, weil es damals schwierig gewesen wäre, die Minenfelder zu betreten. Wenn auch eine solche Angriffsstrategie mit Gefahr verknüpft ist, so besteht doch die moralische Gewißheit, daß die passive Defensive zu einer Katastrophe führen muß, da unsere gegenwärtige Marinepolitik unseren Handel unbeschützt läßt und unsere Offensive zu Lande schwächt.

Eine neue Rede Churchills.

London, 3. Oktober. Churchill sagte heute in einer Rede:

Unsere Gedanken sind notwendig darauf gerichtet, in dem Feldzuge den entscheidenden Sieg zu sichern. Wir alle haben von Herzen den Wunsch, daß Friede auf Erden sein solle, aber es ist jetzt keine Zeit, um über den Frieden zu reden. Wir befinden uns in der ernstesten Phase des Krieges, in der der Kampf der Nationen sehr heftig sein wird, und in der alle Früchte für alle Zeiten gewonnen oder schimpflich oder sorglos weggeworfen werden würden. Es besteht kein Unterschied zwischen dem Frieden, den Asquith in seiner Rede in der vorigen Woche im Auge hatte, und dem Frieden, wie ihn Wilson verlangt. Die beiden Erklärungen werden von allen großen Demokratien unterstützt, die sich gegen Deutschland im Kriege befinden. Unsere Kriegsziele sind nüchtern, aber sie sind noch nicht verwirklicht. Der preußische Militarismus ist noch nicht vernichtet. Es ist keine Ueberreitung, wenn wir sagen oder schreiben, daß die Führer des preußischen Militarismus die Feinde des Menschengeschlechts sind.

Churchill führte dann weiter aus: Es wäre ein furchtbarer Fehler, Frieden zu schließen, bevor unsere Ziele erreicht sind. Wenn die Deutschen eine entscheidende Niederlage erleiden, sodaß sie den Glauben an ihr Regierungssystem verlieren, und wenn sie begreifen, daß es sie zum Elend führt, und daß es sie zu Feinden der Menschheit macht, daß sie das Erbe Bismarcks vergeudet haben, indem sie Bismarcks Prinzipien bis zum äußersten durchführen wollten, wenn sie dazu gebracht werden könnten, diese Wahrheiten durch Selbstbesinnung zu begreifen, und wenn sie zu einer Nation mit den Freiheiten der Demokratien wiedergeboren würden, wenn dies das Resultat der harten Lehren dieses Krieges und der Ereignisse, die sein Ende begleiten, sein wird, dann glaube ich, daß der Friede kommen wird, ein wirklicher Friede auf dauernden Grundlagen, der und die Möglichkeit bieten wird, wenn auch vielleicht nicht in unserer Lebenszeit, die furchtbaren Wunden zu heilen, die uns im Laufe des Kampfes geschlagen sind, kein Friede, der nur ein Zwischenspiel sein wird. Wenn dieser Krieg mit einem unbefriedigenden Frieden endigt, wird England unter den dann herrschenden Umständen niemals ruhig sein, dann wird niemals der gute Wille bestehen, durch den die verwüstete Welt wiederaufgebaut werden kann. Auch Amerika wird nicht ruhen, ehe eine endgültige Entscheidung erreicht ist. So furchtbar die Fortsetzung des Krieges auch ist, wir zaudern nicht bei unserer Wahl.

Ihr wißt niemals, wie nahe Ihr dem Siege seid, ehe er kommt. Ihr würdet in einer Stunde der Schwäche die in drei harten Jahren errungenen Resultate aufgeben, während Ihr nach dem Siegespreis nur zu greifen habt. Es liegt kein Grund vor, weshalb wir die Gefahren und Entbehrungen nicht sollten überwinden können, wenn wir zur energischen Offensive schritten. Wir müssen unsere Schwierigkeiten nicht übertreiben und ebensowenig die des Feindes unterschätzen. Wir sind noch imstande, jede Schwierigkeit zu überwinden und über alle Gefahren zu triumphieren, die uns umringen.

Das Ereignis der letzten Tage, sechs Monate ist die erfolgreiche Bekämpfung der U-Bootkampagne. Es ist zu früh, zu sagen, daß der U-Bootfeldzug überwunden ist. Wir wissen nicht, in welcher neuen Form er etwa erneuert werden wird oder wie bald Gegenmaßregeln wegen solcher neuen Form wirksam werden können. Aber es ist nicht zu früh, zu sagen, daß der zweite große deutsche U-Bootfeldzug gegen diese Inseln in Schach gehalten und sogar abgeschlagen worden ist. Unsere Vorräte an Lebensmitteln sind jetzt größer als am Anfange des Krieges, und unser Produktionsvermögen hat zugenommen. Im nächsten Jahre werden unsere Heere, falls der Krieg fortdauert, was Gott verhüte, stärker und besser ausgerüstet sein, wie je. Wir sind voller Vertrauen, aber auch die Deutschen sind es. Sie machen ihre verzweifelten Anstrengungen nicht ohne Grund, denn sie wissen, die Briten sind der Hauptfaktor im Kriege, sie wissen, daß unsere Macht nicht gebrochen werden kann, und daß sie nur wachsen wird.

Hindenburg und die Helden des Kolonialkrieges.

Berlin, 4. Oktober. Zum 70. Geburtstage des Generalfeldmarschalls von Hindenburg hatte Staatssekretär Dr. Solf folgende Glückwunschdepesche an den Generalfeldmarschall abgehen lassen:

Euerer Exzellenz gestatte ich mir zum heutigen 70. Geburtstag, an dem Millionen Herzen Euerer Exzellenz in besonderer Dankbarkeit und tiefster Verehrung entgegenschlagen, auch meinerseits zugleich im Namen meines Amts und der gesamten Kolonialtruppen allerherzlichste Glückwünsche auszusprechen. Gestützt auf das uneingeschränkte Vertrauen Ihres Allerhöchsten Kriegsherrn und des gesamten deutschen Volkes möge es Euerer Exzellenz genialer Feldherrnkunst beschieden sein, den gewaltigen Wettstreit durch einen segnenden Frieden zum Wohlstand zu bringen, der Deutschland einer lebenskräftigen Zukunft entgegenführt und seine Stellung in der Welt sichert. Auch unsere Kolonien werden auf dem europäischen Kriegsschauplatz verteidigt, und so hoffe ich zuversichtlich, daß die Siege unseres Heimatheeres dem Vaterlande ein Kolonialreich einbringen werden, das den Bedürfnissen der Deutschen wohl entspricht. Diese Wünsche begleiten Euere Exzellenz in das neue Lebensjahr.

Hindenburg erwiderte:

Euerer Exzellenz, den Herren des Kolonialamtes und den Kolonialstreitkräften herzlichen Dank für die freundlichen Geburtstagswünsche. Die Taten unserer Kolonialtruppen werden in der Geschichte vorbildlich fortleben.

Der Hindenburgtag an der Flandernfront.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters W. Scheuermann.)

In Flandern, den 2. Oktober 1917.

Ueberall von den Ruhequartieren und Reservestellungen bis zu den vordersten Verteidigungsnestern hat heute die Flandernarmee dankbar den Tag gefeiert, der uns vor 70 Jahren den Mann schenkte, mit dessen Namen für immer das Gedenken an das Scheitern des englischen Durchbruches in Flandern verknüpft ist. Bei den Kämpfern in der Schlachtfront ging in den Ruhepausen ein Erinnerungsblatt von Hand zu Hand, welches den Lebenslauf des Feldmarschalls als Vorbild für jeden Soldaten schildert. In den Ruhestellungen hatten Truppenteile festliche Hindenburgfeiern veranstaltet, in welchen die allgemeine Begeisterung und unerschütterliche Siegesgewißheit der Kampftruppen erhebenden Ausdruck fand. Eine besonders großartige Massenfeier fand in einem nahe der Front gelegenen Clapperneorte statt, wo auf die Einladung einer Leichtverwundetenabteilung mehrere tausend Kameraden zusammengeströmt waren, um sich nach einem Lichtbildervortrag die Erstaufführung des an der Front entstandenen Lustspieles „Der Schatzgräber" anzusehen. Der Sinn des lustigen Stückes ist, daß ein von der Front in Urlaub kommender Feldgrauer seine durch die lange Dauer des Krieges bedrückten Landsleute dazu erzieht, Schätze zu sammeln, die nicht Rost noch Motten fressen, und die kein Schatzgräber stehlen kann. Solche Schätze gewinnen die bekehrten Mitbürger, indem sie all ihr Geld auf den flammenden Zuspruch des Frontkämpfers hin in 7. Kriegsanleihe verwandeln. (Kb.)

Feindliche Flieger über deutschen Gebieten.

Berlin, 4. Oktober. (W. T. B.) In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober haben feindliche Flieger in zahlreichen Flügen Angriffe auf das deutsche Heimatsgebiet versucht. Irgendwelche Ergebnisse haben die Angriffe nicht gezeitigt. Ein feindliches Flugzeug kam bis in die Gegend von Stuttgart und warf über Feuerbach sechs Bomben ab, die geringen Sachschaden, aber keine Verluste verursachten. Die offene Stadt Frankfurt a. M. wurde von etwa zehn Fliegern angegriffen, die aus südlicher und westlicher Richtung anflogen. Die meisten der abgeworfenen Bomben fielen wirkungslos außerhalb der Stadt nieder. Im Stadtbereich wurden bisher 13 Einschlagstellen gezählt. Die Bomben fielen meistens auf Straßen und offene Plätze. Der angerichtete Sachschaden ist gering; 5 Personen wurden leicht verletzt. Tote sind nicht zu beklagen. Das lothringische Industriegebiet wurde von zahlreichen Angreifern heimgesucht, die jedoch, wie gewöhnlich, dank unserer gut durchgebildeten Abwehrmaßnahmen nur wenig Erfolg hatten.

Bis in die Gegend von Dortmund vorzudringen, gelang wiederum nur einem feindlichen Flieger. Er warf dort auf die Bahnstrecke Derstfeld—Dortmund-Süd 6 Bomben ab, die den Bahnkörper beschädigten. Bei diesem Angriff wurde eine Person getötet. Zeigt der Angriff auf das westfälische Industriegebiet erneut, welchen Wert die Gegner auf die Vernichtung dieses Hauptsitzes unserer wirtschaftlichen Stärke legen, so zeigt er anderseits, daß der Heimat das von unserem Heer gehaltene feindliche Gebiet auch gegen Luftangriffe Schutz und Bollwerk ist.

Berlin, 4. Oktober. (W. T. B.) Eines der feindlichen Flugzeuge, die in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober Frankfurt angegriffen haben, wurde auf dem Rückfluge durch unsere Abwehrmaßnahmen zur Landung gezwungen. Der Insasse war ein Maréchal de Logis. Das Flugzeug ist der Sorwitheinsitzer Nr. 128 mit einem 130 P.S. Clergetumlaufmotor.

Berlin, 4. Oktober. (W. T. B.) Angriffe einzelner feindlicher Flieger (in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober) richteten sich auch gegen Rastatt, Baden-Baden und Tübingen. Auf die beiden ersten Orte fielen drei Bomben. Sie richteten glücklicherweise nirgends Unheil an, außer in Tübingen, wo durch zerbrochene Fensterscheiben einiger Sachschaden entstand.

Welchen Zweck die Franzosen mit diesen Angriffen auf offene deutsche Städte verfolgen, ist nicht ersichtlich. In Rastatt befinden sich keine militärischen Ziele. Die Angriffe auf Baden-Baden und Tübingen können vollends nur als Ausflüsse roher Zerstörungssucht betrachtet werden. Die Heilstätten des Kurortes Baden-Baden und die Kliniken der Universitätsstadt Tübingen sind belegt mit zahlreichen Schwerverwundeten, die dort von ihren Leiden Erholung suchen. Daß Angriffe auf weit hinter

der „Front" vermutete Zagarette eine militärische Notwendigkeit sind, dürften auch die Franzosen nicht zu behaupten wagen. Durch dergleichen Nobelten kann der Wille zum Durchhalten im deutschen Volke nur bestärkt werden.

•

Berlin, 4. Oktober. Die neuen Fliegeragriffe auf eine Reihe offener Städte Westdeutschlands haben zwar keinen militärischen Schaden hervorgerufen, bewesen aber von neuem, wie stark die Notwendigkeit für Deutschland war, die Basis der feindlichen Flieger möglichst weit zurückzuhängen. Hätten die Flieger der Entente heute die Maaslinie oder Belgien als Basis für ihre Angriffe, so müßte damit gerechnet werden, daß nicht nur der Westen Deutschlands, sondern auch das Herz des Landes den Bomben der feindlichen Aeroplane ausgesetzt wäre. Wie groß das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer nahe gelegenen Basis auch bei dem Gegner ist, beweisen die „Daily News" vom 26. September. Das Blatt schreibt über den Luftangriff auf London vom 21. September:

„Was die geforderten Vergeltungsmaßnahmen anbetrifft, so rechtfertigt nichts die Annahme, daß diese Erfolg haben werden, und ebenso wenig kommen Gründe für einen Vorschlag begründet werden, den jeder anständig denkende Mensch mit Abscheu von sich weisen wird. London muß sich damit finden, daß es ein unfehlbares Mittel gegen Luftangriffe augenblicklich nicht gibt. Die einzige Möglichkeit für eine wirksame Verteidigung liegt in dem Uebergang der belgischen Küste in unserem Besitz." Aus denselben Gründe, aus dem England die flandrische Küste besitzen zu müssen glaubt, ist es für Deutschland eine unabweisliche Forderung der nationalen Selbstverteidigung, daß Belgien in Zukunft nicht mehr in die politische und militärische Abhängigkeit der Ententemächte gerät.

•

Berlin, 4. Oktober. Der Funkspruch Paris vom 1. Oktober 4 Uhr nachmittags meldet: „Als Vergeltung für die deutschen Fliegerangriffe auf die offene Stadt Bar-le-Duc warfen zwei französische Flugzeuge in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober auf die befestigte Stadt Stuttgart Bomben ab."

Dieser Satz stellt in seinen beiden wichtigsten Punkten die Wahrheit auf den Kopf. Erstens ist Bar-le-Duc ein berechtigtes Ziel militärischer Angriffe, da es Truppen in Ruhe als Unterkunftsort dient und eine Hauptetappe für die französische Armee darstellt. Zweitens ist Stuttgart keine befestigte, sondern eine offene Stadt ohne jede militärische Bedeutung. Der Fliegerangriff gegen Stuttgart kann also nichts als die Schädigung friedlicher Bürger und bürgerlichen Eigentums bezwecken.

Die schwierige Lage Lloyd Georges.

In einem Londoner Brief des „Freeman's Journal" vom 18. September heißt es:

Es fehlt nicht an Anzeichen dafür, daß die Regierung, sowie das Parlament zusammentritt, von Seiten, von denen gerade das Gegenteil zu erwarten wäre, heftiger Kritik ausgesetzt sein wird. Die verhältnismäßige Ruhe an der Westfront, die eine beträchtliche Zeit vorgeherrscht hat, ist ohne Zweifel zum großen Teil die Ursache für die Ungeduld, die seit einigen Tagen in gewissen Organen der Presse so deutlich hervorgetreten ist. „Ein Erfolg ist vonnöten", ist der Ton einer Wochenschrift, die man keiner Unfreundlichkeit Lloyd George gegenüber zeihen kann. Die „Morning Post" gibt offen ihrer Ungeduld mit dem Ministerium Ausdruck, und die „Times" hat damit angefangen, die amtlichen Berichte über die bloßsätzigen Operationen zu sondieren. Diese Haltung fällt um so mehr auf, wenn man sich des enthusiastischen Willkommens erinnert, mit dem das gegenwärtige Ministerium begrüßt wurde, und der Zobleder, die so lange in der Presse wiederhallten. Den Premier und seinen Kollegen ist ein viel weiteres Feld eingeräumt worden als ihren Vorgängern, und über ihre Fehler ist man bisher mit nachsichtiger Großmut hinweggegangen. Die Lage hat sich merklich verändert, und man hält nicht mehr mit Zweifeln zurück, daß das Kabinett nicht genügend Willens- und Entschlußkraft für seine Aufgabe hat.

Der teilweise Bruch mit der Arbeiterpartei hat die Lage für das Ministerium nicht leichter gemacht, denn wenn auch die Arbeiterpartei im ganzen sich noch nicht zugunsten einer völligen Nichtbeteiligung an der Regierung ausgesprochen hat, so ist es doch bekannt, daß viele der vorgeschritteneren ihrer Mitglieder mit ganzem Herzen für eine Trennung sind und daß Ergebnis einer allgemeinen Abstimmung über diesen Punkt nicht fürchten. Andererseits würden viele unionistische Parlamentsmitglieder, die in der Regierung nicht untergekommen sind, und für die Lloyd George immer ein Rätselhafter bleibt, nicht dagegen haben, wenn Balfour oder Bonar Law seinen Platz einnehmen würden, was von einem unionistischen Gesichtspunkt aus eine „Stärkung" des Kabinetts bedeuten würde. Es würde viele, die den veränderten Ton der Presse beobachtet haben, nicht überraschen, wenn sich während der nächsten zwei oder drei Wochen eine bestimmte Bewegung in dieser Hinsicht bemerkbar machte.

Die Schuld am Kriege.

T. d. A. **Berlin, 4. Oktober.** „Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 2. Oktober entnimmt der führenden holländischen Zeitschrift „De Gids" einen Aufsatz, in dem der einer einseitigen Parteinahme für Deutschland gewiß unverdächtige Direktor des holländischen Staatsarchivs Dr. Colenbrander über die Enthüllungen des Suchomlinowprozesses und die Schuld am Kriegsausbruch u. a. folgendes ausführt:

Deutschland ist in der letzten Ueberzeugung in den Krieg eingetreten, daß der Krieg dem deutschen Volke durch hinterlistige und übelwollende Feinde aufgedrängt worden ist. Ist diese Verteilung so unbezweifelbar? Beginnt die Vorgeschichte des Krieges mit dem Ultimatum an Serbien oder Jahre früher? Auch derjenige, der von der Schuld für den Verlauf der Zulaufereignisse von 1914 Deutschland die größere Hälfte zuweist, kann zugeben, daß Deutschland sich jahrelang durch die anderen Mächte gereizt und verleumdet fühlen mußte: daß weder die Marokkoangelegenheit, noch die Geschichte der Bagdadbahn, noch diejenige der Londoner Deklaration Anlaß zu Hiebe gereicht. Trifft sich keine Erklärung für England's Verbündung finden? „Lerne! Sie liegt in den Worten entholten, die kürzlich von einem deutschen Minister — Herrn von Kühlmann — ausgesprochen wurden, als er die Feindschaft der andern die unvermeidliche Folge des Entstehens eines geeinigten, starken, nach außen wirkenden Blocks" in Mittleuropa nannte. — Der Sachsinowprozeß hat bestätigt, was Kenner Rußlands schon seit Jahren versichert hatten, daß Zar Nikolaus II. eine Puppe in den Händen seiner Umgebung war, er hat fernerhin offenkundig gemacht, daß tatsächlich, wie Deutschland es vermutete, in Rußland der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung unterzeichnet und Maßregeln zu deren Durchführung in vollem Gange waren, noch ehe Deutschland am 31. Juli 1914 seine bekannten Maßnahmen traf. Dieser Punkt scheint zugunsten Deutschlands entschieden zu sein; denn die Verdächtigung hat jetzt Zeit gewonnen, die Prozeßberichte des Wolffbureaus aus den russischen Blättern nachzuprüfen, und was der „Temps" und der Verfasser von „Jacque" bisher vorgebracht, trifft die Hauptsache, nämlich den allgemeinen Charakter der Mobilmachungsmaßregeln, die am 30. Juli 1914 in Petersburg beschlossen wurden, nicht. Diese Enthüllungen betreten die deutsche Regierung von 1914 in einem nicht unwichtigen Punkte von dem Verdacht bösen Willens, sie gemeinsam mit der russischen Regierung zu den Kriegen eingetreten, daß der Krieg dem deutschen Volke durch hinterlistige und übelwollende Feinde aufgedrängt worden ist. Ist diese Verteilung so unbezweifelbar? Beginnt die Vorgeschichte des Krieges mit dem Ultimatum an Serbien oder Jahre früher? Auch derjenige, der von der Schuld für den Verlauf der Zulaufereignisse von 1914 Deutschland die größere Hälfte zuweist, kann zugeben, daß Deutschland sich jahrelang durch die anderen Mächte gereizt und verleumdet fühlen mußte: daß weder die Marokkoangelegenheit, noch die Geschichte der Bagdadbahn, noch diejenige der Londoner Deklaration Anlaß zu Hiebe gereicht. Läßt sich keine Erklärung für England's Verbündung finden? „Lerne! Sie liegt in den Worten entholten, die kürzlich von einem deutschen Minister — Herrn von Kühlmann — ausgesprochen wurden, als er die Feindschaft der andern die unvermeidliche Folge des Entstehens eines geeinigten, starken, nach außen wirkenden Blocks" in Mittleuropa nannte. — Der Sachsinowprozeß hat bestätigt, was Kenner Rußlands schon seit Jahren versichert hatten, daß Zar Nikolaus II. eine Puppe in den Händen seiner Umgebung war, er hat fernerhin offenkundig gemacht, daß tatsächlich, wie Deutschland es vermutete, in Rußland der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung unterzeichnet und Maßregeln zu deren Durchführung in vollem Gange waren, noch ehe Deutschland am 31. Juli 1914 seine bekannten Maßnahmen traf. Dieser Punkt scheint zugunsten Deutschlands entschieden zu sein; denn die Verdächtigung hat jetzt Zeit gewonnen, die Prozeßberichte des Wolffbureaus aus den russischen Blättern nachzuprüfen, und was der „Temps" und der Verfasser von „Jacque" bisher vorgebracht, trifft die Hauptsache, nämlich den allgemeinen Charakter der Mobilmachungsmaßregeln, die am 30. Juli 1914 in Petersburg beschlossen wurden, nicht. Diese Enthüllungen betreten die deutsche Regierung von 1914 in einem nicht unwichtigen Punkte von dem Verdacht bösen Willens,

Aus Polen.

Warschau, 3. Oktober. In der Sitzung der Uebergangskommission des provisorischen Staatsrats vom 21. September wurde auf Antrag des Direktors der Justizabteilung bestätigt: die Liste der Personen polnischer Nationalität, welche Angehörige fremder Staaten sind und zur Ernennung in Stellungen beim Königlich polnischen Gerichtswesen vorgeschlagen werden sollen, sowie die Liste von Personen polnischer Nationalität und österreichischer Staatsangehörigkeit, welche die Funktionen von Richtern und Unterstaatsanwälten ausüben sollen. Angenommen wurde ein Bericht Natansons, wonach an den Arbeiten der Finanzabteilung, betreffend die Organisation des polnischen Finanzwesens sieben Fachleute aus Galizien mit Professor Michalski an der Spitze teilnehmen werden, wonach ferner die Finanzabteilung sich mit dem Ausschusse zur Feststellung der Kriegsschäden bei ihren Vorbereitungsarbeiten zur Feststellung der Aktion des Staatsvermögens verständigt, und wonach zu diesem Zwecke bereits ein besonderer Ausschuß gebildet ist. Im Zusammenhang mit der Uebernahme des Schulwesens werden für die Abteilung für Kultus und Unterricht zu Organisationsausgaben 30 000 ℳ bestimmt. Man beschloß beim Generalgouverneur von Warschau für die Organisation des Schulwesens um einen Vorschuß von 200 000 ℳ vorstellig zu werden.

Warschau, 3. Oktober. Nach einer Meldung des Petrikauer „Dziennik Narodowy" wurden die von der Uebergangskommission des Staatsrates vorgeschlagenen Kandidaten für den Regentschaftsrat nicht bestätigt. Es fänden deshalb nach zweierlei Richtungen hin Besprechungen statt. Vor allen Dingen handle es sich um die grundsätzliche vom Regentschaftsrat abzugebende Erklärung, welche die Uebereinstimmung der Politik der polnischen Regierung mit der Politik der Mittelmächte sowie die Einstellung der Neutralität gegenüber Rußland betreffen soll. Diese Erklärung stoße auf keine größeren Schwierigkeiten. Jüngst sollte eine Besprechung beider Generalgouverneure mit der Uebergangskommission über die Form dieser Erklärung stattgefunden haben. Es handle sich darum, ob der Regentschaftsrat sie in der Form eines Aufrufes an das Volk oder in der Form einer amtlichen Erklärung gegenüber den Regierungen bekanntgeben soll. Polnischerseits werde die erste Form vorgezogen.

Russische Vorgänge.

Stockholm, 4. Oktober. Nach letzten Berichten sind von Kerenski energische Maßnahmen angeordnet worden, besonders die Entsendung einer Repressionsexpedition, um die Treue der russischen Bevölkerung zur provisorischen Regierung wiederherzustellen. Auf diese Weise ist der friedliche Zustand in Turkestan und Taschkent schnell wieder herbeigeführt worden, wo fast wieder normale Zustände herrschen.

Petersburg, 4. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach den letzten Nachrichten ist der Konflikt zwischen dem Marineministerium und dem Hauptausschuß der Flotte infolge Eingreifens des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates beigelegt worden.

Von der Demokratischen Konferenz.

Petersburg, 4. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Demokratische Konferenz. Der Vorsitzende teilte mit, daß das durch Vertreter der verschiedenen Parteien verstärkte Bureau die gestellte Aufgabe verwirklicht habe, eine Hochstimmung von Stimmen zu vereinigen, um die Einheit des demokratischen Willens zum Ausdruck zu bringen. Tereteli verlas den Bericht darüber, in dem die gemeinsamen Grundsätze ausgearbeitet sind, welche von der großen Mehrheit der Konferenz angenommen werden können. Erschlug im Namen des Bureaus folgende Entschließung vor:

Es ist unumgänglich notwendig, eine starke revolutionäre Regierungsgewalt zu schaffen, die das Programm der Moskauer Konferenz vom 27. August ausführt, und eine aktive Politik zur Verwirklichung des allgemeinen Friedens zu betreiben. Hemmt von der Zusammenberufung der Verfassunggebenden Versammlung die Verantwortlichkeit der Regierung vor einem den Willen des Volkes widerspiegelnden repräsentativen Organ zu verwirklichen. Außerdem aus der Mitte der demokratischen Konferenz heraus ein ständiges Organ zu schaffen, das an der Bildung der Regierungsgewalt auf den erwähnten Grundlagen mitzuarbeiten hat. Wenn die bürgerlichen Elemente in die Regierung eintreten, ist es unumgänglich nötig, das repräsentative Organ durch bürgerliche Vertreter zu vervollständigen, die sich notwendigerweise in der Minderheit befinden. Die Regierung wird dem eben erwähnten Organ gegenüber verantwortlich sein. Die Konferenz beauftragt das Bureau, 5 Mitgliedern zur unverzüglichen Verwirklichung der Bildung der Regierungsgewalt auf den angegebenen Grundlagen zu ernennen.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden beschloß die Versammlung einstimmig, die Debatte nicht wieder zu eröffnen. Die Konferenz nahm die erwähnte Entschließung mit 829 gegen 100 Stimmen an.

Kundgebung der Sinnfeiner

Rotterdam, 4. Oktober. Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge wurde am letzten Montag in Dublin der Sinnfeiner Thomas Ashe begraben. Das Begräbnis wurde zu einer Kundgebung benutzt. Der Leichenzug war der größte, den man seit Jahren in Dublin gesehen hatte. In den Straßen standen eine große Menge von Menschen, die meistens die Farbe der Sinnfeinerbewegung und Trauerbänder angelegt hatten. Abteilungen irischen Freiwilliger in Uniform und mehrere katholische Geistliche gingen im Leichenzug mit. Musikkapellen spielten die Lieder der Sinnfeiner. Im Zuge wurde eine Fahne mitgetragen, auf der stand: „Wir dürfen nicht vergessen und werden nicht vergeben."

Feindliche Kriegsberichte.

Französischer Heeresbericht vom 3. Oktober nachmittags.

Oestlich Reims bekämpften unsere Batterien wirksam die feindliche Artillerie und brachten einen Angriff, der sich in Vorbereitung befand, in den gegnerischen Schützengräben zum Scheitern. Westlich Malancourt drangen unsere Abteilungen in die feindlichen Linien und sprengten mehrere Unterstände in die Luft und brachten Gefangene zurück. Ein anderer Einbruch in der Gegend des Helmbergs brachte uns gute Ergebnisse. An der Verdunfront war die Nacht gekennzeichnet durch heftigen Artilleriekampf auf beiden Maasufern, besonders in der Gegend nördlich der Höhe 344, wo lebhafte Patrouillengefechte stattfanden. Sonst überall ruhige Nacht.

Unsere Flugzeuge beschossen in der Nacht vom 1. zum 2. und während des 2. Oktober den Bahnhof Freiburg (Br.), die Fabriken von Woellkingen und Hestenbach und die Bahnhöfe von Brieulles, Longwon, Metz, Mondingen, Armaville, Mezieres-les-Metz, Diedenhofen und Saarburg. 7000 Kilogramm Bomben wurden im Laufe dieser verschiedenen Unternehmungen abgeworfen. Als Vergeltung für die Beschießung von Bar-le-Duc warfen zwei unserer Flugzeuge mehrere Bomben auf die Stadt Baden-Baden.

Französischer Heeresbericht vom 3. Oktober abends. Der Tag war verhältnismäßig ruhig, bemerkenswert nur durch Artillerieunternehmungen nördlich der Aisne und auf beiden Maasufern.

Belgischer Bericht. Im Laufe der verflossenen 48 Stunden belegten unsere Artillerie feindliche Lager und Verbindungen als Vergeltung für die Beschießung ähnlicher Anlagen unserer Front. Heute nördlich von Dixmuiden heftiger Bombenkampf, unterstützt durch starke Beschießung, der zu unserem Vorteil ausging.

Unsere Flieger haben in den letzten beiden Tagen 47 Flüge unternommen, darunter mehrere Bombenflüge bei Nacht als Vergeltung für die Bombenadwürfe auf unsere rückwärtigen Linien.

Bericht der Orientarmee vom 2. Oktober. Ziemlich rege Artillerietätigkeit in der Gegend von Yumnica und im Cernabogen. Eine starke feindliche Patrouille wurde nördlich von Monastir durch griechische Truppen abgewiesen.

Englischer Bericht vom 3. Oktober nachmittags. Die Artillerietätigkeit dauerte auf beiden Seiten während der Nacht östlich von Ypern an. Sonst ist nichts von besonderem Interesse zu berichten.

Englischer Heeresbericht vom 3. Oktober abends. Heute früh besetzt der Feind kurz vor Tagesanbruch unsere Stellungen zwischen Langemarck und dem Polygon-Wald heftig und bald darauf versuchte seine Infanterie vorzugehen. Unsere Artillerie eröffnete kräftig das Feuer und kämpfte auf dem größeren Teile der Angriffsfront den Angriff des Feindes nieder, bevor er unsere Linien erreichte. In dem Gebiet unmittelbar nördlich der Straße nach Menin war es einigen Truppen des Feindes gelungen, durch unser Artilleriesperrfeuer hindurchzudringen; sie wurden von unserer Infanterie vollständig zurückgeschlagen. Unsere Stellungen sind unversehrt. Oestlich Ypern war während des Tages beiderseits eine Artillerietätigkeit.

Englischer Bericht aus Mesopotamien vom 1. Oktober. Wir griffen unsere vorgeschobene Stellung bei Muscheib, vier Meilen östlich von Ramadie am Freitag an. Nach der Besetzung des Rückens von Muscheib griffen wir die Hauptstellungen in der Gegend von Ramadie von Südosten her an. Gleichzeitig bewegte sich unsere Kavallerie in einem weiten Bogen westlich um die Stadt. Nach einem schweren Kampfe, der den ganzen Tag dauerte, wurden die Hauptstellungen rings um Ramadie östlich, südöstlich und südlich genommen. Zwei Meilen von der Stadt schloß die Kavallerie die Truppenkette zu Lande, während im Norden der Euphrat an der Stadt vorbeifließt. In der Nacht versuchte der Feind einen Ausfall nach Westen, aber die Kavallerie trat ihm entgegen. Bei Tagesanbruch wurde der Angriff wieder aufgenommen. Am Sonnabend um 9 Uhr vormittags ergab sich der Feind überall. Wir erbeuteten Geschütze, Waffen, Munition, viel Kriegsgerät und machten mehrere tausend Gefangene, darunter Achmed Bei mit seinem Stabe. Der Feind wurde vollkommen überrascht. Fast die ganze Besatzung von Ramadie fiel in unsere Hand. Unsere Truppen legten große Tapferkeit, Entschlossenheit und Ausdauer unter den schwierigsten Bedingungen an den Tag. Eine andere Abteilung aus Bagdad begegnete Donnerstag nachts Kavallerie. Es kam zu einem scharfen Scharmützel, in dem wir dem Feind Verluste zufügten, 4 Mann gefangen nahmen und 300 Kamele erbeuteten.

Wegen der großen Ausdehnung des Gebietes, auf dem der Kampf bei Ramadie stattfand, ist es zurzeit noch nicht möglich, eine endgültige vollständige Liste unserer Beute zu geben. Wir haben inzwischen 13 Geschütze und 12 Maschinengewehre genommen. Etwa 200 getötete Türken sind beerdigt worden und ungefähr 600 verwundete und 3200 unverwundete Gefangene, darunter 200 Offiziere, sind in unsere Hand gefallen.

(Die Meldung ist nach amtlichen türkischen Berichten stark übertrieben. Die Redaktion.)

Russischer Heeresbericht vom 3. Oktober.

Nordfront, Westfront, Südwestfront und Rumänische Front: Gerechtfertigt.

Kaukasus-Front: Nichts von Bedeutung.

Ostsee: Am 1. Oktober nachts unternahm der Feind eine Reihe von Luftangriffen auf Zerel; er warf mehrere Bomben ab, die einen Brand und im Zusammenhang damit die Explosion eines Munitionslagers hervorriefen. Infolge der Explosion erlitten mehrere Offiziere und Matrosen, die sich mit Aufopferung an der Löschung des Brandes beteiligten, einen tapferen Tod. Als Vergeltung für diesen Angriff warfen unsere Flieger Bomben auf Anlagen des Gegners an der kurländischen Küste. Am 1. Oktober gegen Mittag erschienen in der Meerenge von Orben feindliche Kreuzer, die durch unsere mitgetragende Batterie sofort vertrieben wurden. Im Laufe des Tages versuchten feindliche Seeflugzeuge sich wiederum Zerel zu nähern, aber unsere ihnen entgegenfliegenden Flieger zwangen sie, sich zu entfernen und die Bomben ins Meer zu werfen.

Luftkrieg: Am 1. Oktober versuchten sich an der Südwestfront drei Luftkämpfe mit feindlichen Fliegern ab. Auf die Ortschaft Korostkow, nordwestlich von Dubsatyn, warfen unsere Flugzeuge vom Muromez-Typ mehrere Bomben ab.

(Bemerkung des WB. T. B.: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, handelt es sich bei dem Luftangriff auf Zerel um einen von unseren Seestreitkräften unternommenen Angriff auf russische Batterien und militärische Anlagen auf der Halbinsel Sworbe, von dessen erfreulichem Ergebnis wir jetzt durch den russischen Heeresbericht erfahren. Uebrigens sind alle Flugzeuge wohlbehalten wieder in ihrem Flughafen angekommen.)

Oesterreich-Ungarn.

Kaiserliche Auszeichnung.

Wien, 4. Oktober. Das Armeeverordnungsblatt meldet: Der Kaiser hat befohlen, daß dem Oberleutnant Erzherzog Wilhelm (vom Ulanenregiment 13) für tapferes, vorzügliches Verhalten vorm Feinde neuerlich die Allerhöchste belobende Anerkennung bei gleichzeitiger Verleihung der Schwerter bekanntgegeben werde

Schweden.

Deutschlands Entgegenkommen.

Kopenhagen, 3. Oktober. „Nationaltidende" wird aus Stockholm berichtet: „Aftonbladet" macht in einem längeren Artikel darauf aufmerksam, daß die Einfuhr Schwedens aus Deutschland während des Krieges beständig gestiegen sei. Deutschland hat das allergrößte Entgegenkommen gezeigt, selbst wenn es schwierig gewesen sei, die Wünsche Schwedens zu erfüllen. Es sei nicht schwer zu erkennen, welchen Schwierigkeiten es entgegengehe, falls es auf die Aufforderung der Entente hin die Handelsbeziehungen mit Deutschland abbrechen müsse.

Amerika.

Das Kriegssteuergesetz

Washington, 3. Oktober. (Reuter.) Wilson hat die Kriegssteuerbill unterzeichnet.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 4. Oktober. Die internationale Gewerkschaftskonferenz hat heute den Beschluß gefaßt, an die Regierungen der kriegführenden Völker das Ersuchen zu richten, der Arbeiterklasse im Friedensvertrage ein Mindestmaß von Schutz und

---

Zwei Jahre deutsche Arbeit in Ober-Ost.

Von Alfred Bratt.

I.

Was heißt Ober-Ost?

Eine Riesenwoge von Flaggen ist vor wenigen Tagen über ganz Deutschland gebraust. Und alle Flaggen wehten zum Ruhm des Generalfeldmarschalls Hindenburg.

Zum Ruhme des Feldherrn!

Jetzt aber soll von dem Organisator Hindenburg die Rede sein, der den seit zwei Jahren besetzten Osten nicht nur eroberte, sondern aus ihm in friedlicher Arbeit ein Kunstwerk schuf.

Immer wieder läßt sich die menschliche Beobachtung erneuern, daß Leistungen bestimmter Männer und bestimmter Zeitabschnitte das restlose Maß des Verstehens erst dann finden, wenn sie in einem gewissen Abstande gerückt sind. Dies trifft auch für die jenseits der Ostgrenze des Deutschen Reiches im besetzten Gebiete geleistete Arbeit zu, deren Ideen, Opfern, Kräften und — Erfolgen die nachstehenden Ausführungen gewidmet sind. Das Bereich der Arbeit, die wir meinen, erstreckt sich über die dank Hindenburg okkupierten weltrussischen Gouvernements Kurland, Kowno, Wilna, Sumalki und Grodno: ein gewaltiges, mit Flüssen, Aeckern, Wäldern und Städten gesegnetes, aber auch von sozialen Widrigkeiten und nationalen Gegensätzen durchfurchtes Gebiet, das von der deutschen Kriegsleitung den Namen „Ober-Ost" — er ist aus der militärischen Abkürzung „Ob.-Ost" für Oberbefehlshaber Ost entstanden — erhielt.

Der Krieg im Sinne des Kampfes spricht eine alles überdröhnende Sprache. So mag es sich erklären, daß die ebenso komplizierte wie geniale Verwaltungstätigkeit in diesem Stück Osten zwischen Kampffront und Heimat von dem Glanz der rein militärischen Operationen, daß das organisatorische Kunstwerk des Feldmarschalls von dem Glanz seiner Waffentaten verdunkelt wurde. Doch während unsere Offarmeen abwechselnd standhalten und notgedrungen den Sturm vorwärts tragen, während die Heimat die Heeresberichte liest und politische Fragen erörtert, wacht nach Hindenburgs Angaben ein großartiges, an Formen, Gesichtspunkten und Gestalten gleichermaßen vielgestaltiges und bewundernswertes Reich geschaffen: das Militärverwaltungsgebiet Ober-Ost.

Eine auf Einladung des Oberbefehlshabers Ost unternommene Pressereise gab jetzt, nach zweijährigem Bestand dieser Schöpfung, die erwünschte Gelegenheit, all das dem Wissen der Heimat zu übermitteln, was sich am besten unter der Bezeichnung des „Wunders von Ober-Ost" zusammenfassen läßt.

Als unsere Truppen nach dem Fall der Festungsriesen Kowno, Grodno und Brest-Litowsk im Hochsommer 1915 ihrem Vormarsch eine gewisse Grenze gesetzt hatten, galt es Umschau zu halten, um das vorläufig auf Kriegsdauer übernommene Gebiet zu verwalten und zu regieren. Trotzdem bereits zwei Verwaltungen in Feindesland bestanden, die Generalgouvernements Belgien und Polen, sah man sich einer so gut wie neuen Aufgabe gegenübergestellt. Der Grund hierfür war in der Hauptsache ein militärisch-geographischer: während nämlich Belgien und Polen durch eine kurze Frontlinie und ein tiefes Hinterland charakterisiert sind, bietet sich das heutige Ober-Ost auf der Karte als ein von Nord nach Süd verlaufender Streifen mit langer Frontgrenze und verhältnismäßig schmaler Fläche dar. Was in Belgien und Polen möglich gewesen war — die Begründung eines regelrechten Gouvernementsbereiches hinter Frontgebiet und Etappengebiet, — war also für Ober-Ost nicht angängig. Es galt ein unerwartetes Problem zu lösen.

Hindenburg und Ludendorff haben es gelöst.

Während noch die Rauchschwaden der soeben abgeschlossenen Kampfhandlungen sich über den weiten Flächen verzogen, wurde das ganze Gebiet vorerst in Etappenkommandaturen eingeteilt. Doch bald hatte man erkannt, daß dieses System nur als ein Provisorium, als Uebergang zur Schaffung eines endgültigen und vollkräftigen Verwaltungsapparates gelten konnte. Man betrachtete und prüfte, was in Besitz genommen worden war; und man stellte fest, daß man eine über weite Landstrecken ausgedehnte Wirrnis von ungehobenen Schätzen, von Möglichkeiten und Schwierigkeiten übernommen hatte, die mitten im Kriegsdrang der anspannenden Bewältigung und uns selbst nutzbar gemacht werden mußte.

Die Widrigkeiten mußten dem ersten Blick als so groß erscheinen, daß Männer von nicht ganz vollkräftiger Schaffenskraft vor ihnen zurückgeschreckt wären. Man fand auf einem Boden, der — wenn auch von alter, vielfach zerstörter deutscher Kultur durchsetzt — insofern Neuland war, als man weder theoretisch noch praktisch an Vorhandenes anzuknüpfen vermochte. Die abziehenden Russen hatten nicht nur Fabriken vernichtet, Häuser eingeäschert und Brücken gesprengt, sie hatten auch alle Angehörigen der besseren Stände, die geistigen Elemente, die Beamten usw. mit sich genommen und selbst Bücher, Akten, Listen und statistisches Material spurlos verschwinden lassen. Man mußte das Gebiet kreuz und quer auf Entdeckungsreisen erforschen, man mußte mit einer Volkszählung beginnen, um überhaupt zu erkennen, mit welchen Werten und Unwerten, Verhältnissen und Anschauungen, Nationalitäten und Religionen, Vegetationsgebieten und Materialien zu rechnen war.

Dieser Aufgabe entledigte man sich in aller Stille, mit einer Schnelligkeit und Gründlichkeit, wie sie erst die Kriegsanspannung hat entstehen lassen. Für jede Teilarbeit wurden Fachleute berufen, hohe und niedrige, Wissenschaftler und Praktiker, Gelehrte, Landwirte, Richter und Lehrer, lauter Organisationsnaturen in feldgrauem Rock. Die Feldherren Hindenburg und Ludendorff verwandelten sich selbst in führende Verwaltungsbeamte, um das Werk Ober-Ost zu vollbringen, das am besten der Begründung einer Kolonie zu vergleichen ist.

Die Frage des politischen und praktischen Bewirtschaftungssystems ward entschieden, indem der Feldmarschall und sein erster Helfer persönlich die Einrichtung eines militärischen Verwaltungsapparates übernahmen. Die Grundlage wurde innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes fertgelegt — Ober-Ost war verwirklicht. Es besteht aus drei Verwaltungsgebieten: Litauen im Zentrum, Kurland im Norden, Bialystok-Grodno im Süden.

An der Spitze dieses, aus dem Kriegszustand herausgebildeten Interimsstaatswesens steht — als Leiter der Gesamtverwaltung und oberster Heerführer in einer Person — der Oberbefehlshaber Ost: zuerst Hindenburg, seit seiner Ernennung zum Chef des Großen Generalstabes, Prinz Leopold von Bayern. Jeder der drei Bezirke hat seinen eigenen Verwaltungschef, und diesem unterstehen in weiterer Gliederung die einzelnen Kreise, deren jeder wieder von einem Kreishauptmann geleitet wird, dem ein Wirtschaftsbeirat zur Seite steht. Ohne in genauere Einzelheiten dringen zu wollen, die in mächtern-knappen Aufzählung doch nur papieren wirken könnten, sei zur Kennzeichnung des Umfanges der Verwaltung bemerkt, daß beispielsweise der Bezirk Litauen 34 einzelne Kreise zählt. Jedem Kreishauptmann, dessen Stellung in möglichster Beibehaltung des der Bevölkerung gewohnten russischen Systems der eines sogen. Starosten entspricht, ist ein Stab beigegeben, dessen Hauptpersonen ein Friedensrichter und ein Wirtschaftsoffizier sind.

Der Bau gliedert sich natürlich immer weiter abwärts. Seine Linien — vom jüngsten Verwaltungsunteroffizier bis zur leitenden Persönlichkeit reichend und dann wieder über die Zentrale bis zum Oberbefehlshaber führend — sind kühn geschwungen wie die Umrisse eines hoffbaren architektonischen Kunstwerkes, zugleich aber mit mathematischer Genauigkeit berechnet und standhaft wie das Eisengerippe einer modernen Riesenkonstruktion. Es ist ein Verwaltungsapparat, in ungewöhnlich schwieriger Zeit erfunden und gestaltet, wie ihn das stets organisationsstrige Deutschland im tiefsten Frieden kaum kannte. Dieser einzigartigen Leistung steht eine reiche Menge von Hemmungen gegenüber, die nicht nur anfangs zu überwinden waren, sondern auch heut noch und künftig in die Rechnung eingestellt werden müssen. Sicherlich war es und ist es noch, jene Offiziere heranzuziehen, die sich für die betreffenden Aufgaben eignen. Doch die Erfordernisse des Frontdienstes gehen über alles, und so kommt es, daß in der Verwaltungsarmee von Ober-Ost so gut wie kein einziger kriegsverwendungsfähiger Mann anzutreffen ist. Die Arbeiter am Werk sind Leute, deren Körper und Nerven mehr oder minder im Felde gelitten haben. Zudem ist die Zahl der Beamten — ebenfalls aus militärischen Gründen — unverhältnismäßig gering. Die Zentrale in Litauen z. B., die durchschnittlich 40 000 amtliche Eingänge im Jahre zu verzeichnen hat, besteht aus insgesamt 40 Dezernenten. Dabei ist Ober-Ost fast doppelt so groß wie das Generalgouvernement Warschau, ungefähr viermal so groß wie das Generalgouvernement Belgien, die in sechs Nationalitäten zersprengte Zahl seiner Einwohner überfteigt — trotz der seinerzeitigen Verschiebungen durch die Russen — auch heute noch 3 Millionen.

Das ist in den kürzesten Grundzügen Ober-Ost, das Land Hindenburgs, auf dessen zweijähriges Bestehen wir jetzt zurückblicken können: ein kolonisiertes Stück Erde im Rücken der Ostarmeen, eine Verwaltungs- und Bewirtschaftungsmaschine von feinster Präzision, ein von überragendem Willen geeintes Spiel ständig wachsender Anforderungen und Kräfte, eine überwältigende Friedenstat im Kriege — nicht mehr und nicht weniger.

Kampfgelände vor Jakobstadt.

Der Laubfrosch, der wetter- und wolkenkundige Prophet beim Oberkommando, hatte es gesagt: „Es ist ein großes Tief im Anmarsch!" — Anstatt Sonne, Windbeständigkeit und klarer Luft ein „großes Tief". Leider weiß der Wettermann, der noch immer kein Wettermacher ist, zu viel von dem, was sich vorbereitet, und auch was der Jakobstadt, das große Tanz beginnen sollte, hatte er wieder einmal recht, indem er für die beiden zum Kampf bestimmten Tage ein volles Himmelselend voraussagte. Man wartete 24 Stunden, die für die Russen so etwas wie eine Galgenfrist ausmachten, ihnen aber das Unwetter nicht ersparen sollten, das geheim in ernster und angestrengter Arbeit vorbereitet worden war. Wie vor Ugklüß, so auch vor Rosse: Die deutschen Soldaten waren zu Nachtschwärmern geworden. Abends, wenn die Dämmerung kam, wurden sie mit den Eulen wach. Dann kam erhöhte Bewegung in die Lager. Arbeit! Arbeit! Es galt Jakobstadt. Jeder Mann wußte es; die Pferde, die Karren, die Geschütze, die angehäuftes kamen, die Minenwerfer, die kurzrohrigen, bösen Dinger, die so ungeschickt wie aufgeblasene Frösche aussehen und die von ihren Leuten wie eine Geliebte behandelt werden, für die man blind schwärmt. In den Waldstücken war es in den Nächten lebendig wie in einem Ameisenhaufen. Alles kroch durcheinander, und doch hatte jeder Schritt, jede Hand am Spitzhackenstiel, jeder Spatenstich sein Ziel: Angriff auf Jakobstadt!

Wenn nur der „Laubfrosch" nicht recht gehabt hätte! . . . Es lag ein grauer, bleischwerer Himmel über dem Land, es troff aus den Wolken nieder, als werde da oben ein Riesenschwamm ausgewunden, und unter der unseligen Wasserflut des Regens ersoff unten das Aufmarschgelände. Die bei trockenem Wetter leidlich guten Straßen lösten sich in Schlammabern auf, und selbst auf den Knüppeldämmen watete alles bis über die Knöchel

Rechten zu sichern, das in allen Ländern durchgeführt werden muß. Danach sollten in dem Friedensvertrag Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechtes und zur Durchführung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden. Die Konferenz faßt den Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beenden wird, für den geeignetsten Ausgangspunkt für ein tatkräftiges Zusammenwirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reform.

Sie stellte in dieser Frage eine Resolution Leitsätzen auf. Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel ist im Friedensvertrag ausdrücklich als Organ zur Durchführung und Kontrolle des internationalen Arbeiterschutzes anzuerkennen, das von ihr unterbaute internationale Arbeitsamt hat also sozialpolitisches Material zu sammeln und in drei Hauptsprachen herauszugeben. Der Berichterstatter des Ausschusses, Jansen (Deutschland) bezeichnet diese Forderungen als Mindestmaß, denn alle kriegführenden Länder hätten so ungeheure Verluste an Volkskraft erlitten, daß mit der verbleibenden weise haushalten werden müsse; dieterigen Völker würden am schnellsten gesunden, die die Bedeutung der sozialen Reformarbeit nach dem Kriege am tiefsten erkennen und weitgehende Reformen am schnellsten durchführen werden. Diese Leitsätze wurden vom Kongreß einstimmig angenommen.

Die Verwüstungen des Taifun in Japan.

Tokio, 3. Oktober. Bei dem Taifun, der vier Stunden dauerte, wurden 138 Personen getötet und 158 verletzt. 217 Personen werden vermißt. 1346 Häuser wurden zerstört, 2098 beschädigt. Der Telegraphen- und der Eisenbahndienst sind gestört. In der Provinz ist noch größerer Schaden angerichtet worden als in der Hauptstadt. Nach einem Telegramm aus Osaka wurde eine Anzahl Dörfer durch angeschwollene Flüsse überschwemmt. Man fürchtet, daß eine große Anzahl von Menschen umgekommen sei. Die Reisernte hat schwer gelitten.

Der Kampf um Argentinien.

Aus Buenos Aires erhält die „Welt-Korrespondenz" den folgenden, noch vor den jüngsten Zwischenfällen geschriebenen Bericht:

Die Entente läßt kein Mittel unversucht, um Argentinien aus der Bahn der Neutralität zu drängen. Die besonnene Haltung, die das Land bisher beobachtet hat, ist den Ententemächten, vor allem den Vereinigten Staaten und England, geradezu ein Dorn im Auge; es liegt darin eine gewisse Stille, vornehme, aber wirksame Kritik der Ententepolitik in Süd- und Mittelamerika, die nicht zu übersehen ist. Täglich hetzt das mit englischem Gelde betriebene „Diario" mit vollem Dampfe gegen Deutschland und die Deutschen, und es gibt keine Verleumdung, die sich das Blatt nicht begierig zunutze machte. Auch erhält es natürlich in Argentinien keineswegs an Elementen, die der Entente gewogen sind, und die es zufrieden sein würden, wenn Argentinien seine Neutralität preisgeben und an der Seite Brasiliens zur Wilsonschen Politik abschwenken würde. Man muß sich eher wundern, daß es der Entente bisher noch nicht gelungen ist, in Buenos Aires ihr Ziel zu erreichen, zumal da sie ja in der Frage der Zufuhren, der Schiffsgestellung, der Lieferung von Kohle und Petroleum Druckmittel hat, in deren Anwendung die Ententemoral bekanntlich nicht zaghaft zu sein pflegt; siehe Griechenland, Norwegen, Holland usw.! Wenn es der Regierung bisher gelungen ist, die Neutralität zu behaupten, so sind es verschiedene Umstände, die ihr dabei zu Hilfe kommen. Zunächst die große allgemeine und instinktmäßige Abneigung des argentinischen Volkes gegen den Amerikaner und die amerikanische Politik. Der Dollarmensch ist den von spanischen Anschauungen beherrschten Argentinien unverständlich und unangenehm; sie verachten ihn im Grunde ihres Herzens, und sie hegen ein tiefes Mißtrauen gegen die Politik der Vereinigten Staaten, von der sie trotz aller schönen Worte des Präsidenten Wilson geneigt sind anzunehmen, daß sie ihren Machtbereich erweitern und sich zum Herrn über den ganzen amerikanischen Kontinent machen will. „Kriesneyes" beliebt ist im Lande auch der Engländer: „Ingles" ist geradezu ein nationales Schimpfwort — dagegen wohnt dem Worte „Aleman" keineswegs dieser Beigeschmack bei. Es gibt natürlich Deutsche und Deutsche, aber im ganzen hat Argentinien mit den Deutschen bisher ausnehmend gute Geschäfte gemacht. Sie haben sich dem Land, das sie rüstig erwiesen, sie sind als reell anerkannt und haben viele gute Beziehungen mit der Bevölkerung angeknüpft. Die märchenhaften deutschen „Intrigen", von denen die Entente und ihre Presse zu fabeln nicht müde wird — halten den Vergleich mit der Tätigkeit, als er sich verlohnt hat — für die Intrigen. Bestehen vornehmlich in der Tatsache, daß die deutsche Kolonie und die Argentinier einander kennen und einander vertrauen. Es ist der Entente ein großer Verdruß, daß es ihr trotz allem und allem nicht gelungen ist, die Stellung der führenden hiesigen deutschen Getreidehandelshäuser zu erschüttern. Selbst die schwarzen Listen haben nur mangelhaft geholfen; und der Humor der Sache ist, daß die Entente sich schließlich, wenn auch mittelbar, selber bei dieser Häufer bedienen müssen.

Die besonnenen Elemente im Lande sind sich über die politische Lage Argentiniens völlig klar. Gibt es die Neutralität preis, so ist seine Bedeutung mit einem Schlage unendlich verringert. Es ist dann nicht mehr als das verlorterte Brasilien; es ist nur noch einer der vielen kleinen und großen Staaten, die im Fahrwasser der Entente schwimmen. Dagegen behauptet es unzweifelhaft die Stellung der führenden südamerikanischen Macht, solange es und wenn es seine Neutralität behauptet. Die Tatsachen selbst beweisen das: von den ABC-Staaten spielt Brasilien jetzt gar keine Rolle mehr, während Argentinien und Chile politische Faktoren von Bedeutung sind. Solange Brasilien sich noch nicht zur Entente geschlagen hatte, wurde es umworben und umschmeichelt: als der Entschluß aber einmal gefaßt war, war es erledigt. Jetzt soll sich das Schauspiel, wenn es nach den Wünschen der Entente geht, bei Argentinien wiederholen. Man bittet und droht, man schmeichelt, verspricht und

---

der Erdaufwurf vernandelt hatte. — Wie man eine Mobilmachung nicht ohne weiteres aufhalten kann, so ist es mit dem nach den Vorbereitungen begonnenen Aufmarsch für den Angriff. Die ganze Feinmechanik, die in seiner Art ein solcher Aufmarsch darstellt, ein vielrädriges Uhrwerk, das ineinandergreift und tausend Zugfaiten in Bewegung setzt, läßt sich nicht abstellen, rollt, einmal eingeschaltet, weiter. So rückte die Artillerie heran und die Minenwerfer kamen, und zu beiden Waffen gehörig folgten die Munitionskolonnen, die von hinten nach vorn schafften, was dort schon seit Wochen aufgestapelt worden war. In den Wäldern vor Rolsje flirrten in den Nächten gedämpft die Schanzzeuge in den Händen triefend nasser Männer.

Hinter den Waldkulissen, im dunklen Unterholz der grünen Dome ist gearbeitet worden. Und wie hart wieder einmal die Arbeit war! Die Menschen standen bei dem fortwährenden Regen, als ob sie ganz im Wasser steckten. Kein Faden auf ihren Körpern war trocken. Noch fielen keine Schüsse, und doch war das Wetter die Schlacht, die von jedem Mann den ganzen Kerl forderte; fort mit dem Ich — nur die Sache, der die Kraft und die Arbeit galt, war das Ganze. So trochen die schweren Waffen heran, so senkten sie sich in die Erde, so ruhte in den tiefgedauten und mächtig überdeckten Endkammern die Munition, als sich endlich vor dem befohlenen Angriff die für den Stoß bereitgehaltenen Infanterieregimenter in die Abschnitte schoben, aus denen sie stürmend vorgehen sollten. Erst als das große Konzert der Geschütze in der Frühe des 21. angefangen hatte, schoben sich die für das erste Antreten bestimmten Bataillone in die vorderste deutsche Linie hinein, aus der sie dann noch im Schutz des Artilleriefeuers, als das Feuer über die russischen Stellungen vorwärtsrückte, hervorbrachen.

Angriff! Kraftbewußter Sturm, zumal die Artillerie und die Minenwerferbatterien ja wieder vorgearbeitet hatten. Das Sausen in der Luft, das Krachen über den feindlichen Linien konnte ja nur Verheerung sein. Also hinauf auf die Höhe und von Graben zu Graben! . . . Aber das ging nicht so, wie es gedacht war; denn der lehmige Boden unter den Füßen war glatt wie Eis und weich wie Teig. Ein schwerer Kampf mit der Erde begann. Dann aber kamen sie doch über das Zwischenfeld der Stellungen und trugen im Nahkampf gegen die Besatzung vor, die sich inzwischen gesammelt hatte. Dem Angriff gegen den Mann waren sie gewachsen, doch der Lehmboden des ganzen Berges, der sich mit dicken, festen Klumpen an die Füße hing, war eine Qual. Bald schleppten sie Zentnerlast an den Beinen mit, und doch mußte es vorwärts gehen, und einer spornte den andern an, zumal es gelang, im Vordringen von einem zum andern Werk der Gegner Herr zu werden. Aber wie wild sah das Kampfgelände aus! Der Bergrücken schien wie mit Tausenden von Riesenbohrern angezacht worden zu sein. Trichter bei Trichter, das ganze Feld ein Durcheinander von Granatlöchern, ein Beweis von der Furchtbarkeit der Beschießung,

---

drückt — aber Argentinien ist bedeutend reifer als Brasilien; und es bleibt doch fraglich, ob die Strafe und die unbesonnenen Elemente die Kraft haben werden, die Regierung über den Haufen zu rennen.

Diese ist allerdings in einer sehr schweren Lage. Die Kassen sind leer, die wirtschaftliche Situation des Landes ist ernst, und die inneren Verhältnisse liegen vielfach verworren. Die parlamentarische Maschine nutzt sich in Kleinkämpfen ab. Der Minister des Auswärtigen muß auch das Ministerium der Landwirtschaft mitverwalten, und jetzt muß der Minister des Innern zurücktreten und wird zeitweilig durch den Finanzminister vertreten. Der Grund des Rücktritts ist ein Ehrenhandel, den der Minister mit einem Abgeordneten erledigen will. Daß derartige Personalschwankungen die Führung der Geschäfte nicht erleichtern, liegt auf der Hand.

Die siebente Kriegsanleihe.

Wer soll die Kriegsanleihe zeichnen?

Mit immer gleichem Opfermut hat das deutsche Volk die erforderlichen Geldmittel zusammengebracht, um die Möglichkeit zu schaffen, den Feind außerhalb unserer Grenzen festzuhalten. Jeder Stand hat ehrlich das Seine gelan, große und kleine Summen sind gezeichnet, aber haben auch die Frauen in der Beteiligung alles getan, was sie zu tun im Stande waren? Und gerade die Frauen sollten sich bis zum letzten entsparten Pfennig daran beteiligen! Sie können nicht Leben und Gesundheit opfern; für ihr Wohlergehen, für ihre Ruhe und ihren Frieden wird an den Fronten gekämpft, sie können zeigt bewiesen, daß sie alle diese Opfer anerkennen und daß sie bereit sind, in dieser großen Zeit nicht tatlos zuzuschauen, sondern zu helfen, daß sie wissen, was es heißt, für die Existenz des Vaterlandes einzutreten. Die Kämpfer da draußen haben seit Jahren auf alle Behaglichkeit des Lebens verzichtet, der feldgraue Block war ihr Stolz. Deutsche Frauen, geht zur neuen Kriegsanleihe mit vollen Händen! Ihr könnt es! Ihr könnt es alle, jeder nach seinen Verhältnissen. Ihr Wohlhabenden, scheut die kleine Mühe des Zeichnens nicht, Ihr habt das Geld in anderen Werten liegen, geht darum jetzt dem Vaterlande, was das Vaterlandes ist, und das ist alles. Die Männer geben das Leben, die Frauen, die geschützt im Lande leben, müssen ihr Geld geben! Und Ihr Frauen, die Ihr jetzt in Ueberfluß lebt, Ihr könnt geben, ein paar hundert Mark, die Ihr Euch in den nächsten Monaten noch abspart! Schafft Euch ein seidenes Kleid, eine Bluse, einen Hut weniger an und seid froh, dem Wohle des Vaterlandes zulieb Euer altes Kleid noch ein Jahr zu tragen: es geht! Und es sind dann Ehrenkleider wie der abgeschabte feldgraue Rock!

Ihr Frauen, die Ihr von Eurer Hände Arbeit lebt, Eure Gabe ist das Scherflein der Witwe; wenn Ihr 5 Mark oder gar 10 Mark auf einen Anteilschein zeichnet, den Ihr auf der Sparkasse erhalten könnt, dann weiß das mehr als manche gezeichneten 1000 Mark. Ihr bedeutet die Menge des Volkes; gebe jede 5 oder 10 Mark und der Feind kann weiter bezwungen werden, Ihr könnt in Frieden bereinst Eure Arbeit tun. Erlahmt das deutsche Volk, bekommt Englands feinen Willen, dann ruhen bald alle Fabriken, dann hört jeder Lustgewerbe auf, dann dann sind wir ein armes, zu Boden gestrecktes Volk. Frauen, erkennt das, helft außerdem mit allen Mitteln, nicht nur im täglichen Leben mit seinen erschwerten Erwerbsverhältnissen, nein, auch in bezug auf Geld, denn Kriege führen geht ohne Geld, Geld und immer wieder Geld!

Jede Frau gebe zur Kriegsanleihe!

Martha Voß-Zieg.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe.

Von Dr. Crone-Münzebrock,
Generalsekretär der Vereinigung der deutschen Bauernvereine.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe. Das Deutsche Reich fordert daher auch das gesamte deutsche Volk zur Beteiligung an der Zeichnung auf. Ein jeder soll nach seinen Vermögensverhältnissen zu dem Gelingen beitragen. Aber wie viel hat, gebe viel, wer wenig hat, gebe wenig, aber niemand, der zum Zeichnen imstande ist, bleibe zurück. Die 100 M des Arbeiters zeugen in derselben Weise von einem vornehmen und pflichtbewußten Menschen und sind genau so hoch anzuerkennen wie die 100 000 M des Kapitalisten.

Wenn jeder wirtschaftlich imstande sein sollte, einige hundert Mark für die Kriegsanleihe aufzubringen, so macht dies doch das ganze Volk an paar Milliarden! Die kleineren Zeichnungen von 100 M bis 2000 M brachten bei den bisherigen sechs Kriegsanleihen weit über 10 Milliarden Mark. Sie sind daher für das Gesamtresultat der Kriegsanleihe von größter Bedeutung gewesen. Ein jeder trage nach seinen Verhältnissen und nach seiner Kraft zum glücklichen Gelingen dieser Volksanleihe bei.

Der eine oder andere denkt vielleicht beim Lesen der Abhandlungen über die Kriegsanleihe: ob ich mich mit meinem paar hundert Mark beteilige, fällt ja weder das gute Abschneiden der Kriegsanleihe noch das Vaterland retten. Vielleicht wird durch diese oder ähnliche Gedankengänge mancher sein Innerstes zu beruhigen versuchen und sich sodann nicht an der Zeichnung der Kriegsanleihe beteiligen. Aehnlich könnte jeder Soldat im Felde sagen: ob ich nun mitkämpfe, das kann doch weder diese Schlacht noch das Vaterland retten. Wohin würden wir kommen, wollte jeder so in der Heimarmee und in der Feldarmee urteilen und handeln? — Ein jeder sorge dafür, daß er an seiner Stelle seine Pflicht tue und bemächtigt mit Freude und Stolz an sein eigenes Verhalten während des Krieges zurückerinnern kann.

Die Kriegsanleihe soll aber nicht nur unseren Soldaten die nötigen Mittel für die Beschaffung des erforderlichen Kriegsmaterials liefern, sondern sie soll gleichzeitig unseren Brüdern im Felde kund tun, daß das gesamte deutsche Volk treu hinter der Armee steht, und gleichzeitig unsern Feinden beweisen, daß ihre letzte Hoffnung, Deutschland sei am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft, ein Irrtum ist. Ein gutes Ergebnis der Kriegsanleihe unter Beteiligung des ganzen deutschen Volkes bildet die beste Antwort auf die Ablehnung der deutschen Friedensnote durch unsere Feinde. Hieran erkennen unsere Gegner, daß das ganze deutsche Volk gewillt und imstande ist, bis zu einem ehrenvollen Frieden durchzuhalten.

Die Kriegsanleihe muß daher eine Volksanleihe sein.

---

die über die Stellungen des zum Durchbruch gewählten Raumes niedergegangen war. Riesenhaft lagen die Trichter der großen Minen da und über das Feld verstreut die aufgerissenen Lehmklumpen, die Balken und Bretter, Bleche und Eisenteile, mit denen die Russen ihre nun vollkommen eingetrommelten Unterstände eingedeckt hatten. In den Trichterlöchern, die die Grabenlinien fortlaufend begleiteten, lagen Tote, Verschüttete, Verwundete. Drahthindernisse hatten sich wie Dornenranken um die Leiber geschlungen. An Grabengeschützen und Minenwerfern, mit ihnen halb verschüttet, lagen die niedergeschlagenen Körper gebaut, und während an all dem chaotischen Durcheinander die stürmende Infanterie sich vorüber arbeitete, trochen gebuckte Menschen, Gefangene, mit schleppendem Gang, in zerfetzten Uniformen, manche nur halb bekleidet und barfuß durch den Lehmschlamm zu den deutschen Stellungen hinüber.

Ein trauriges, erschütterndes Bild bot der Anblick des Schlachtfeldes von Rolsje. Ueberrascht, völlig übertumpelt war der Feind angegriffen worden. Als der Feuersturm der Geschütze begann, als ihm klar wurde, daß das der Auftakt zum Kampf um die wichtige Ausfallspforte von Jakobstadt, die Fortsetzung der Schlacht vor Riga werden würde, raffte er sich auf und faßte das Feuer seiner Batterien zur Abwehr zusammen. Aber die ganze Front stand unter dem Aufruhr, und noch ehe der Russe richtig erkannte, wo der tatsächliche Gefahrpunkt lag, war der Durchbruch schon an der Stelle erfolgt, die ihm am unwahrscheinlichsten erschienen sein muß und über die nun kühn und kraftvoll der Stoß nach Norden und mit zwei Gabelungen zugleich nach Osten und Nordwesten geführt worden war. „Wer nicht wagt, nicht gewinnt!" Das war vom Kommandierenden als Motto für die kühn angelegte Operation ausgegeben worden. In festem Zusammenwirken der Fernsteuerwaffen, deren Leitung in der Hand von zwei Spezialisten lag, und im entschiedenen Eingreifen und Durchdrücken der Infanterie bis zum Erfolg lag die Aufgabe des Tages. Daß die Feuerwirkung der Geschütze und Minenwerfer wieder glänzend sein würde, wußte jeder Soldat; denn gar schnell war es bekannt geworden, daß der „Durchbruchmüller" selber da sei und „der Mann mit den guten Minen" ihm wieder zur Seite stand. Man dachte an Toboly und die „glatte Sache" von Uexküll und hatte sich daraus auch nicht getäuscht.

Nach dem Durchbruch kam dann jedoch das Schwerste im Kampf vor Jakobstadt: der Vormarsch der Infanterie und der Artillerie im fortgesetzten Gefecht und im Ringen mit dem aufgeweichten, grundlos gewordenen Boden. Das ganze Wald- und Sumpfgebiet war wie überschwemmt, und der Regen, der mittags am 21. wieder eingesetzt hatte, floß strömend und unaufhaltsam weiter. Jedes Schützenloch wurde in wenigen Augenblicken ein Stauwasser, jeder Granattrichter lag wie ein Tümpel im Gelände. Mann für Mann schleppte sich kämpfend durch den Brei der Straßen, durch die fußhoch unter Wasser stehenden Wiesen, durch das triefende Unterholz der kurländischen Waldungen. Bis zu den Knien versank man im

---

graugelben, zähe sich ziehenden Schlamm, und so wurden harte Anforderungen an den Willen und die Ausdauer jedes einzelnen gestellt; denn nur so konnte der gesuchte Erfolg auch wirklich errungen werden.

Harte, saure Tage sind das vor Jakobstadt gewesen. Am schlimmsten hat es die Infanterie gehabt, aber auch den anderen Waffen bürdete sich eine Last auf, die ungeheuer und im ganzen Kampfgebiet gleich schwer war. Mühevolle Arbeit, qualvoll und doch nicht anders zu überwinden als durch die Leistung des Geforderten, fand die Artillerie während des Vorgehens. Die Wege! An die schwersten Tage des serbischen Feldzuges erinnerten sie, als es hieß, mit den großen Geschützen vorzukommen. Reiter versachten mit ihren Pferden. Und nun die Last der Kanonen, die Mörser — und doch half nichts: die Bespannungen wurden verdoppelt, verdreifacht; die Pferde lagen mit weißem Schaumschweiß in den Geschirren; die Reiter, die Fahrer, die Kanoniere, alles brüllte. Umgesunkene Tiere lagen im tiefen Straßenschlamm und mußten mit Hebebäumen wieder auf die Beine gebracht werden; man stützte den stürzenden Pferden die Köpfe, damit sie im Brei der Wege nicht ersoffen! Ueberspannte Kräfte, überall das gleiche Bild, wohin man in diesen Tagen sah, und doch auch wieder überall dasselbe selbstverständliche Sichein-setzen jedes Mannes, ein Zug, ein Drängen zum Ziel, ein gewaltiges Wollen, das dann auch den Erfolg sicherte und fest in unsere Hand legte.

Mit hoher Anerkennung hat Exzellenz von Hutier dem auch von den gewaltigen Leistungen der Truppen in der Schlacht gesprochen, als er ihnen in seinem Armeebefehl den Dank für den errungenen vertwollen Sieg von Jakobstadt aussprach. Ja, er ist schwer errungen worden! Gegen einen Feind, der durch den ersten Ansturm schwer erschüttert den Durchbruch nicht verhindern konnte, der sich dann aber mit Fähigkeit und festem Willen der Ausweitung des Erfolges fest entgegenstemmte, mußte bis zum letzten Augenblick gekämpft werden, und daneben stand die Ungunst der Witterung, die Beeinträchtigung der Flieger, die Behaftung für die Artillerie brachten, die dem Vormarsch aller Waffen mit jedem Schritt Hindernisse in den Weg schob, wie sie nicht ärger und hemmender gedacht werden können. Und doch kam der Erfolg! Höchste Spannung der Energien erreichte ihn. Freilich, als es im Heeresbericht dann hieß: „Jakobstadt ist in unserer Hand", da spiegelte sich in den nüchternen Worten nichts von dem, was an heldischer Aufopferung von Mann und Roß geleistet worden ist. Und doch lag hinter dem, was dort als selbstverständlich klang und was auch selbstverständlich geleistet worden ist, eine gewaltige Tat, die unseren Waffen, die all denen, die sie tragen, neue Ehre gegeben hat.

Wilhelm Conrad Gomoll, Kriegsberichterstatter.

Das Reich.

Beschlüsse des Bundesrats.

Berlin, 4. Oktober. (W. T. B.) In der heutigen Bundesratssitzung gelangten zur Annahme: der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes; der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Aenderung der Verordnung über den Verkehr mit eisernen Flaschen vom 8. März 1917 und der Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen.

Verband Deutscher Hausfrauenvereine.

Der Verband Deutscher Hausfrauenvereine veranstaltet vom 5. bis 7. November in Hannover einen Lehrkursus für seine ihm angeschlossenen Vereine, in dem besonders die Fragen der Kriegswirtschaft behandelt und auf die für die Behörden und Reichsämter zu leistende verständnisvolle Arbeit der Hausfrauenvereine hingewiesen werden wird. Hervorragende Wissenschaftler haben in dankenswerter Bereitwilligkeit ihre Mitarbeit zugesagt, sodaß der Zweck des Lehrkursus voll und ganz erreicht werden dürfte.

Ihre Majestät die Kaiserin hat ihr großes Interesse für die Arbeit des Verbandes Deutscher Hausfrauenvereine, das Höchstdieselbe schon häufiger bewiesen hat, neuerdings durch die Spende einer größeren Geldsumme bekundet, die dem Verbande durch die Hand seiner Ehrenvorsitzenden, Frau Hedwig Heyl-Berlin, zuging. Ihre Majestät hat dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß es durch dieses Beispiel erleichtert werden möge, das Interesse von wohlwollenden Spendern für die großen Aufgaben des Verbandes zu wecken.

Ehrung für Exzellenz von Schjerning.

Der Generalstabsarzt der Armee und Chef des Feldsanitätswesens, Exzellenz Professor Dr. von Schjerning, wurde von seiner Vaterstadt Eberswalde zum Ehrenbürger ernannt. Die künstlerisch hergestellte Urkunde wurde ihm anläßlich seines Geburtstages von einer Deputation überreicht, wobei Oberbürgermeister Hopf und Stadtverordnetenvorsteher Professor Boldt warm empfundene Anspracken hielten und die Freude und den Stolz der Eberswalder über ihren großen Mitbürger zum Ausdruck brachten. Exzellenz v. Schjerning dankte in bewegten Worten, wobei er humorvoll seiner Jugendzeit gedachte. Die ihm gezollte Anerkennung für die hervorragenden Erfolge des deutschen Militärsanitätswesens nahm er nur so weit an, als er die Grundlagen dafür, die Organisation, geschaffen habe; die erfolgreiche Verwirklichung seiner Pläne sei aber das Werk des ihm unterstellten Sanitätskorps, dessen hingebender und wirkungsvoller Tätigkeit er mit wärmsten Worten gedachte.

Rückkehr von Zivilgefangenen.

Rotterdam, 4. Oktober. Mit dem gestern hier eingetroffenen englischen Geleitzug sind 65 deutsche Zivilinternierte aus England angekommen.

Stückgutversand von Kartoffeln für Selbstverbraucher.

rn. Um die Bewältigung des Kartoffelversands zu erleichtern, hat die Eisenbahndirektion Berlin Richtpunkte für die Aufgeber von Kartoffelsendungen zusammengestellt. Da die Gleichartigkeit solcher Sendungen das Herausfischen der zusammengehörigen Stücke, besonders auf den großen Empfangsgestellen, sehr erschwert, werden die Verhältnisse völlig unentwirrbar, wenn die Bezeichnungen der Stücke ungenau oder unrichtig sind, völlig verloren gehen, oder wenn sich sonst Unstimmigkeiten mit den Frachtbriefangaben einschleichen. Daher wird den Kartoffelversendern, um sich vor Verlust zu bewahren, die genauestse Beachtung der Richtpunkte anempfohlen.

Die Stücke müssen mit Stricken so zugebunden sein, daß ein zum Aufassen dienender Kopf gebildet wird. Die Angabe der Adresse des Empfängers, Zeichen und Nummer der Sendung muß, aus einer holzernen Tafel bestehend, am Kopfende des Sackes dauerhaft befestigt sein. Es empfiehlt sich, diese Bezeichnung nochmals in der Mitte des Sackes anzubringen, damit bei etwaigem Abreißen der Tafel das Gut nicht ohne Bezeichnung ist. Als Zeichen dürfen nur Buchstaben mit Nummern verwendet werden; die beste Bezeichnung bleibt jedoch die volle Adresse des Empfängers. Bei Sendungen nach größeren Städten ist dies Vorschrift. Die Bezeichnung der Stücke muß außerdem noch die Angabe der Versandstation, Tag der Aufgabe und die Bestimmungsstation, bei Sendungen nach Orten mit mehreren Bahnhöfen auch den Bestimmungsbahnhof tragen. Falls diese Angaben fehlen, unleserlich, unrichtig oder unvorschriftsmäßig sind, so wird dies von der Versandstation nachgeholt, und zwar gegen eine Gebühr von 10 Pfennigen für das Stück. Selbstverständlich müssen die Angaben der Anhängezettel mit denen des Frachtbriefes genau übereinstimmen. Eine Abschrift der Anhängezettel sollte jeder einzelnen Sendung beigefügt werden, damit der Empfangsberechtigte bei Verlust der Anhängezettel durch die vorgeschriebene amtliche Oeffnung des Gutes ohne Schwierigkeit ermittelt werden kann.

Aus dem „Reichsgesetzblatt".

Nummer 172 des „Reichsgesetzblatts" enthält eine Bekanntmachung zur Abänderung der Ausführungsbestimmungen vom 21. September 1916 zur Verordnung über Kleie und Traubenkerne vom 3. August 1916 („Reichsgesetzbl." S. 887), vom 28. September 1917, eine Bekanntmachung, betreffend Liquidation russischer Unternehmungen, vom 22. September 1917 und eine Bekanntmachung über den Vordruck der Versicherungskarte für die Angestelltenversicherung, vom 28. September 1917. — Nummer 173 enthält eine Bekanntmachung über Elektrizität und Gas sowie Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser, vom 3. Oktober 1917.

Knappschaftsberufsgenossenschaft.

Frankfurt a. M., 3. Oktober. In der heutigen Genossenschaftsversammlung der Knappschaftsberufsgenossenschaft waren 150 Abgeordnete der Bergwerksindustrie aus allen Teilen des Deutschen Reiches erschienen. Dem Postbetriebsfonds (Betriebsplan) sollen 1 Millionen Mark zugeführt werden; für die Versuchsstrecke in Herne bei Dortmund wurden 33 500 M und für die Unfallsnervenheilanstalt „Bergmannswohl" in Schendelg 191 000 M Ausgaben für 1918 bewilligt. Der Vorsitzende Geheimer Bergrat Renn in Lipine (Oberschlesien), M. d. H., teilte mit, daß der Genossenschaftsvorstand für die 7. Kriegsanleihe 15 Millionen Mark zeichnen werde, sodaß dann im ganzen 61 Millionen Mark für die Kriegsanleihen aufgebracht seien. Zu dem vom Vorsitzenden und dem Verwaltungsdirektor Simons in Berlin aufgestellten Geschäftsbericht wurden Bemerkungen nicht erhoben.

In der Reichshauptstadt.

Die neuen Mehl- und Brotpreise.

bh. In der Brotkartengemeinschaft Groß Berlin ist Uebereinstimmung wegen der neuen Mehl- und Gebäckpreise erzielt worden; sie bedarf der Zustimmung der beteiligten Kommunalverbände, die bis Ende dieser Woche erwartet wird, sodaß dann die amtlichen Bekanntmachungen über die am 15. Oktober in Kraft tretenden neuen Preise veröffentlicht werden könnten.

Wie verlautet, ist der Mehlpreis für das Kilo frei Haus für den Doppelzentner Roggenmehl von 36,75 auf 37,40 M und für den Doppelzentner Weizenmehl von 35,75 auf 40,30 M festgesetzt worden. In dieser Erhöhung ist die Mehlpreiserhöhung der Reichsgetreidestelle, eine Erhöhung des Pfandgelbes für die Mehlsäcke und die gleichfalls notwendig gewordene Erhöhung des Fuhrlohns enthalten; diese Verteuerung wird um 2,10 M für den Doppelzentner ermöglicht durch einen Zuschlag des Kommunalverbandes und eine von ihm übernommene Vergütung für das Pfandgeld, sodaß sich den erwähnte Preis ergibt. Der neue Brotpreis gilt zunächst bis zum 1. November. Für diese Zeit wird das Roggenbrot von 1960 Gramm aus 75 % Roggenmehl und 25 % Weizenmehl gegenüber jetzt 80 und 20 % hergestellt und der Preis unter Berücksichtigung eines durch die Mehlpreise gebotenen Mehrverdienstes der Bäcker für das Roggenbrot von 75 auf 83 ₰ und für das Weizenbrot von 82 auf 90 ₰ erhöht. Vom 1. November ab tritt ein allgemeine Herabsetzung des Mehlzusatzes durch die Reichsgetreidestelle von 20 auf 200 Gramm in Kraft. Als Ersatz werden den Kommunalverbänden entsprechende Mengen Speisekartoffeln geliefert, die sie entweder zu Streckungsmitteln für das Brot verwenden oder als Ausgleich in Form von Kartoffelrationen ausgeben können. Die Brotkartengemeinschaft Groß Berlin hat, wie schon mitgeteilt, beschlossen, die Frischkartoffeln nicht als Ausgleich zu liefern, sondern sie zur Brotstreckung gesichert zu verwenden, um das Gebäckgewicht auf der jetzigen Höhe zu halten. Infolge der Mehlpreiserhöhung durch die Reichsgetreidestelle erhöhen sich auch vom 15. Oktober ab die Mehlpreise im Kleinhandel.

Denk' an die Zukunft Deiner Kinder! Zeichne Kriegsanleihe!

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Reichskanzler Dr. Michaelis traf gestern vormittag 9 Uhr 5 Minuten aus dem Westen hier wieder ein.

* Dem Landrat Frhrn. v. Braun ist für die Dauer seiner Tätigkeit als Presechef des Reichskanzlers die Dienstbezeichnung Kaiserlicher Direktor mit dem persönlichen Rang der Räte erster Klasse vom Kaiser verliehen worden.

Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Der erste Punkt der Tagesordnung am Donnerstag, 4. Oktober, war der Bericht des Stadtv. Loeser (L.) über die Vorlage, betr. die Gewährung von Teuerungszulagen neben den Kriegszulagen an die städtischen Beamten und Lehrer. Stadtv. Dr. Wilms schlug hat an der Vorlage einige Verbesserungen vorgenommen und empfahl außerdem: den Magistrat zu ersuchen, in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwiefern die Lage der Pensionäre die Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage an diese Personen als notwendig erscheinen läßt.

Stadtv. Cassel (L.) empfahl die Annahme der Ausschußanträge unter Ablehnung mehrerer von den Sozialdemokraten gestellten Anträge auf Erhöhung der Sätze für verschiedene Gruppen. Der Redner wies u. a. auch darauf hin, daß diese Teuerungszulagen der Besoldungstabelle mit 4—5 Millionen Mark belasten, die aus laufenden Mitteln gedeckt werden müssen.

Nach längerer Aussprache, an welcher sich die Stadtverordneten Brückner (Soz.), Hintze (U. Soz.), Mommsen (Fr. Fr.), Jubelt (U. Soz.), Dr. Weyl (U. Soz.) und Stadtrat Dr. Franz beteiligten, wurden die Ausschußanträge unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge angenommen.

Der Antrag des Magistrats zur Bewilligung von 50 000 M für den Kriegsausschuß zum Schutze aufsichtsloser Kinder wurden angenommen.

Es folgte die Vorlage betr. Einrichtung einer städtischen Fürsorgestelle für ledige Schwangere beim Vormundschaftsamt der Stadt Berlin. — Stadtv. Bruns (Soz.), wünschte, daß den Schwangeren nicht nur ärztlicher Rat, sondern auch durchgreifende ärztliche Hilfe zuteil werden möge. Seine Freunde begrüßen aber die Vorlage als einen wesentlichen Fortschritt auf einem Wege, auf dem sie gerne folgen. — Nähnlich äußerte sich Stadtv. Leed (U. Soz.), für die Vorlage trotzen noch Stadtv. Dr. Wilms (Fr. Fr.) und Cassel (L.) ein. Die Versammlung nahm die Vorlage einstimmigan.

Dem Kriegsausschuß der Groß Berliner Laubenkolonien wurden 7000 M bewilligt.

Angesichts der Kohlennotnotheit beantragte der Magistrat, ihm zu ermächtigen, einen Betrag von vorläufig 2 Millionen Mark zur Beschaffung von Brennholz zur Versorgung der Bevölkerung zu verwenden. — Stadtv. Hintze (U. Soz.) glaubte, daß bei über 600 000 Haushaltungen vorhanden sind, mit den 2 Millionen nicht viel anzufangen sein werde. Dringend wünschen sei, daß für eine gleichmäßige Verteilung der Kohlen auf die Kohlenkarten Sorge getragen werde, ebenso solle der Magistrat unter Anwendung des § 6 des Kohlenfteuergesetzes auf Ermäßigung der Kohlensteuer zugunsten der ärmeren Bevölkerung hinwirken. — Stadtrat Löhning: Der Magistrat ist mitten in der Durchführung der einheitlichen und organischen Verteilung der Kohlen. Wohl bis Ende Dezember beim Anfang Januar werde die erste Kohlenkarte voll bestellert sein. Die Verhandlungen des Deutschen Städtetages mit dem Reichsschatzamt über Ermäßigung der Kohlensteuer schweben noch. Zugegeben ist, daß die 2 Millionen Mark nicht ausreichen werden; es handle sich aber nur um einen Anfang; der Kredit werde wohl erhöht werden müssen.

Die Vorlage wurde angenommen.

Die beantragte Beihilfe zum Betriebe des Erholungsheims für Berliner Frauen und Kinder in Ahlbeck wurde gewährt und noch Erteilung kleinerer Vorlagen die Sitzung geschlossen.

Letzte Meldungen.

Sofia, 4. Oktober. Auf Grund eines Beschlusses der Regierung wird die Sobranje für den 15. Oktober einberufen werden, das ist 13 Tage vor dem für die Eröffnung der ordentlichen Session festgesetzten Termin.

Petersburg, 1. Oktober. Die Zeitungen melden: Frau Suchomlinow hat die Regierung ersucht, ihren zu lebenslänglicher Zwangsarbeit

Reichstagsverhandlungen.

120. Sitzung vom Donnerstag, 4. Oktober 1917, 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Helfferich, Graf Roedern.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen Antrick, betreffend die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts und betreffend die Agitation durch Vorgesetzte im Heere zugunsten alldeutscher Politik.

Auf die Frage des Präsidenten erklärt der Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich:

Der Herr Reichskanzler ist bereit, die Interpellationen am nächsten Sonnabend zu beantworten.

Diese beiden Gegenstände scheiden damit von der heutigen Tagesordnung aus.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Vereinfachung der Rechtspflege, der darauf zur ersten Beratung steht, geht ohne Diskussion auf Antrag des Abg. Dr. Pfleger (Z.) an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Darauf setzt das Haus die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte fort.

Abg. Schiele (kons.): Meine politischen Freunde begrüßen die Vorlage mit großer Genugtuung. Unsere deutsche Handelsflotte hat im Kriege ungeheuer gelitten. Ihre Bedeutung liegt für jeden Mann auf der Hand. Sie betrachtet unsere ganze Volkswirtschaft, sie unterstützt den Bezirksfinanzen des eigenen Landes, während die englische Flotte dem Welthandel dient. Die Schiffe von England bereitet in seiner Flotte. Wir müssen auch dem Kriege mindestens mit dem passiven Widerstand unserer Feinde rechnen, sodaß wir allen Grund haben, uns für einen Wirtschaftskrieg zu rüsten. Wer dabei die größte Tonnage hat aber sie sich vorläufig beschaffen kann, der darf hoffen, auch diesen Wirtschaftskrieg zu gewinnen. Die Wiedergewinnung der alten Frucht der deutschen Schiffahrt ist schließlich für unsere deutschen Ueberseebande entscheidend, der vor dem Kriege schon einen Umfang an Werte von über 22 Milliarden angenommen hatte. Wie die Arbeiter und Industrie, hat auch die Landwirtschaft den unter starken Handelsflotte große Vorteile. Ich erinnere nur an die Einfuhr von Futter- und Düngemitteln. Der Krieg hat sich richtet sich ja in erster Linie heute gegen das deutsche Handelsschiffswesen. Wir brauchen aber eine scharfe Waffe für den kommenden Wirtschaftskrieg. Die Reederei den neutralen und der feindlichen Länder verfügen über ungeheure Mittel, sodaß die deutsche Handelsflotte unterlassen müßte, wenn sie nicht die notwendige Unterstützung erhält. Der Reeder erhält nun aus dem vorliegenden Gesetz keinen Rechtsanspruch. Der Reichstag hat deshalb jederzeit Gelegenheit, Abänderungen zu treffen. Aus diesem Grunde halten wir die Abänderungsanträge für überflüssig. Jetzt handelt es sich in erster Linie darum, unsere Reedereien in den Stand zu setzen, sofort nach Kriegsschluß den Wettbewerb mit dem Auslande wieder aufnehmen zu können. (Beifall.)

Abg. Alpers (deutsche Fraktion): Die Notwendigkeit einer starken Handelsflotte wird von allen Seiten anerkannt. Unsere Reedereien haben während des Krieges große Ausgaben gehabt, um das vorhandene Schiffsmaterial so instand zu halten, daß es bei Kriegsende sofort wieder im Interesse der Allgemeinheit verwendungsfähig ist. Diesen Ausgaben stehen aber keine Einnahmen gegenüber. Wir müssen mit den noch immer vor Anker liegen, daß wir beim Fehlen einer eigenen leistungsfähigen Handelsflotte monatlich viele Millionen ausgeben müßten, die dann der fremden Schiffahrt zugute kommen müßten, um uns mit den nötigen Rohstoffen zu versehen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß unsere Schiffsverluste seit Eintritt dieser Vorlage sich noch vergrößert haben. Auch ist das unsere Verbindung zu Argentinien erwähnt worden. Aus diesem Grunde ist der Vorfall mit unserm Vertreter in Buenos Aires besonders zu bedauern. Das ganze deutsche Volk ist in der Verurteilung des Verhaltens des Grafen Luxburg einig, und wir hoffen, daß die verbündeten Regierungen daraus die nötigen Lehren ziehen und in Zukunft die sicherste Gewähr bei der Auswahl ihrer auswärtigen Vertreter treffen. (Zurf. dort!) Gegen ein Schiffahrtsmonopol des Reiches müssen wir uns aussprechen. Das Reich würde dabei kaum auf seine Kosten kommen, da es der Reglementkeit entbehrt, über die nur der freie Kaufmannsstand allein verfügt. (Beifall.)

Abg. Dove (N. Vp.): Anfangs wollte man die Vorlage durchweisschen, aber es hat sich gezeigt, wie notwendig die Ausschußberatung war, um über die finanzielle Tragweite klar zu werden. Die Frage ist eigentlich noch nicht spruchreif geworden. Bei den Sozialdemokraten haben wir zum Teil in ihrer Brust, die eine möchte die Vorlage annehmen, die andere ablehnen. Wenn Ihr Antrag zu § 3, die Beihilfe über den Friedenszeit hinaus nur als Darlehn zu gewähren, abgelehnt wird, werden Sie dann die Konsequenzen daraus ziehen? Die Ablehnung des Antrages zu § 3 müßte mit der Ablehnung der Vorlage beantwortet werden. Die Kritik des sozialdemokratischen Redners Stammen war gestern schwächer als die des Abg. Carstens, der erhebliche Bedenken wegen der finanziellen Tragweite hatte. Den Darlegungen der Regierung über die finanzielle Tragweite muß man überhaupt skeptisch gegenüberstehen. Ich wundere mich, daß der Abg. Stammen die Hoffnung hat, daß die Kriegsziele Seeleute besser erfüllt werden, denn bei den Verlusten der Reederei im Kriege wird sich der Gegensatz zu den Arbeitern nur verschärfen. Mit unserm Antrag zu § 8, daß vier Mitglieder des Reichsausschusses, der über die Beihilfen bestimmt, vom Reichstag zu wählen sind, wollen wir dem Reichstag eine bessere Kontrolle über den Ausschuß geben, der über so wichtige Dinge zu entscheiden hat. Der Reichstag ist hierbei überhaupt viel zu sehr ausgeschaltet. Die sozialdemokratische Fraktion will sich mit der Wahl von drei Mitgliedern durch den Reichstag begnügen. Wir beantragen ferner, daß die Reederei, denen Beihilfe gewährt wird, nur 5 % Geschäftsgewinn haben dürfen, und daß der Verschiffige Gewinn an das Reich abzuführen sind und die Beihilfen abzuschreiben ist. Wir verlangen ferner gewisse Garantien in diesem Gesetz, indem wir das Koalitionsrecht für die Kapitäne, Schiffsoffiziere und Schiffsleute beantragen. Dieses Gesetz liegt ganz im Sinne der Regierung, die alle irgendwie Kräfte dahinter stehen. Den Textilarbeitern, Tabakarbeitern, den Kriegerfrauen wird mit die Regierung keine solche Sorgfalt. Es zeigt sich wieder, daß der Staat nur der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen ist. Die Reeder, denen hier ein Geschenk gemacht wird, sind die reichsten Kapitalisten und zwar die internationalsten Kapitalisten, die sonst keine Rücksicht auf nationale Interessen nehmen. Allerdings haben die Reedereien im Kriege schwere Verluste erlitten, aber wie diese Gewerbe sonst haben Verluste erlitten ohne Anspruch auf Entschädigung zu haben. Das ist ein gewerblicher Verkehr, mit dem die Reeder seit Jahren haben rechnen müssen. Allerdings gibt es auch viele kleine Reeder, die ein Schiff gehabt und verloren haben. Wenn aber die kleinen Reeder eine Entschädigung verlangen dürfen, dann müssen auch die anderen kleinen Gewerbetreibenden entschädigt werden. Wenn aber alle zerstörten Mittelstandsexistenzen entschädigt werden sollten, würde das zu ungeahnten Folgen führen. Wir haben gar keine Unterlagen über die Finanzkraft der Reedereien, sollen also der Vorlage zustimmen, ohne genügend informiert zu sein. Die von der Handelsflotte übriggebliebenen drei Fünftel repräsentieren jetzt neun Fünftel ihres Friedensvorrates; es sind ferner zahlreiche Schiffe neu in Auftrag gegeben, und die werden auch fertiggestellt werden, es sind für sie nicht nur Aufträge in Auftrag gegeben, sondern darüber hinaus auch an die Werften erhebliche Vorschüsse gegeben worden. So ungemein schlecht steht also die deutsche Handelsflotte keineswegs da, und wir werden sie nach dem Kriege wieder nicht in ihrem alten Umfange haben, aber genügender Frachtraum wird vorhanden sein. Man hat auch nicht mit Sicherheit sagen können, wie viel Reedereien sprechen, man soll nicht gefühlsmäßig die Bombenprofite übersehen, die sie früher gelegentlich gemacht hat. Die gesamte Kapitalanlage, die in der Handelsflotte steckt, beträgt nicht viel über eine Milliarde. Den Reedern will man jetzt weit mehr schenken, als seinergeit der Wehrbeitrag gebracht hat, und wer hat dieses Geschenk aufzubringen? Die deutschen Steuerzahler, die Arbeiter, die Kriegsfrauen! Wird das für diese eine Freude sein! Daß Herr Stubmann so emphatisch für die Vorlage eintritt, wundert mich nicht, da er mit den Reedereiinteressen in sehr enger Beziehung steht; er war der Alleunterzeichnete dazu. Gibt man jetzt den Reedern nach, so werden sie immer neue Forderungen erheben, um den erschwerten Konkurrenzkampf mit den Handelsflotten der anderen Länder bestehen zu können. Schließlich wird auf internationalem Wege, auch dieser Subventionspolitik ein Ende gemacht werden müssen, ganz wie es Graf Czernin für die Rüstungen in Aussicht gestellt hat.

Damit schließt die Erörterung.

§ 1 der Vorlage, der den Reichskanzler ermächtigt, auf Antrag Beihilfen zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte zu gewähren, gelangt in der Kommissionsfassung zur Annahme, ebenso § 2, wonach auch einer Schiffsbesatzung Beihilfen zur Wiederbeschaffung ihrer in Verlust geratenen Habe gewährt werden können.

§ 3 lautet:

„Die Beihilfen sind auf die Entschädigungen zur Anrechnung zu bringen, die dem Schiffseigentümer und den Schiffsbesatzungen nach dem in Aussicht genommenen Reedereientschädigungsgesetz etwa gewährt werden.

Abg. Waldstein (fortschr. Volksp.) befürwortet einen Antrag, die Zuschläge, welche nach den „Grundsätzen" zu dem Friedensbaupreis des zu ersetzenden Schiffsraums gewährt werden können, zu ermäßigen. Daß bedrängen der Neubau von Schiffen unterbleiben würde, sei völlig ausgeschlossen. Gegen den Antrag des Zentrumsmitgliedes Dr. Bell, wonach einem späteren Reichstagsbeschluß vorzubehalten sei, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind, wiederholt Redner die gestern schon vom Abg. Carstens erhobenen Bedenken; er schlägt eine andere Fassung vor, wonach durch Reichsgesetz bestimmt werden soll, inwieweit Schiffseigentümer, welche Beihilfen erhalten, zur Rückerstattung eines eine angemessene Verzinsung übersteigenden Gewinnes verpflichtet sein sollen. Das Reich könne unter den heutigen Verhältnissen unmöglich Milliarden bergeben, ohne sich diese Möglichkeit zu sichern. Man wünsche nicht eine überhastete Wiederherstellung der Handelsflotte; vielleicht sei eine starke Bautätigkeit zunächst auch gar nicht möglich. Die Gewährung eines Zuschlags von 60—80 % zum Friedensbaupreise würde aber leicht zu einer Art Gründerfieber führen. Deshalb solle man die Zuschläge für die Wiederherstellung des Neubaus im ersten bis dritten Jahre auf höchstens 65, im vierten bis sechsten Jahre auf höchstens 50, im siebenten bis neunten auf höchstens 35 % festsetzen.

Ministerialdirektor Dr. Jonquière: Auch die Regierung will keinen Groschen mehr anbieten, als notwendig ist, um das dem Gesetz gesteckte Ziel zu erreichen. Daß wir den Reedereien keine Geschenke machen wollen, versteht sich von selbst. Herr Henke meint, die Reedereien seien die größten Kapitalisten und hätten die größten Gewinne gemacht. Ueber 4 % Dividende haben von 26 Gesellschaften nur sechs, über 5 % nur 8 zur Verteilung gebracht. Da die Reedereien bauen werden aber nicht, wenn die Zuschläge, wie beantragt, herabgesetzt werden, darüber hat sich im Plenum zwar diskutieren, jedenfalls hat die Kommission den Antrag abgelehnt, und die Regierung ist in ihrer Ueberzeugung, daß die Sätze zu niedrig sind, nicht erschüttert worden. Nach den bisher gemachten Erfahrungen müssen wir uns hüten, bei der Festsetzung der Zuschläge allzu ängstlich zu sein. Wir wollen ja den Zustand herbeiführen, daß die Aufträge für den Neubau von Schiffen schnell erteilt werden, um rasch den notwendigen Schiffsraum zu haben. Es ist bekanntlich, daß wir nicht schon während des Krieges an einem umfassenden Maße an den Wiederaufbau unserer Handelsflotte herangehen können. Der Gefahr, daß Werften auf ungesunder Grundlage entstehen, wollen wir ruhig entgegengehen. Ich warne vor der Annahme dieser Anträge. Ebenso unannehmbar für uns sind die Anträge, die die Beihilfen nur als spätere rückzahlbare Vorschüsse gewähren wollen. Für die Beihilfen müssen wir eine gewisse Unsicherheit geschaffen. Sie müssen wissen, ob sie das Geld rückhaltlos bekommen. Wir müssen jedoch unter allen Umständen von einer Rückzahlungspflicht absehen. Auch die Beteiligung des Reiches an einem etwaigen Gewinn ist ein Damoclesschwert, das immer über den Reedereien schweben würde. Auch wird lebhaft über den Ersatzwert gestritten, daß bei der großen Anzahl von Schiffen, die in Betracht kommen müssen, das Reich einen Kontrollapparat schaffen müßte, der in keinem Verhältnis zu den dafür aufgewandten Mitteln stehen würde.

Abg. Stove (soz.): Ich kann nicht zugeben, daß die in Aussicht genommenen Zuschläge zu hoch sind. Wollte man hier noch unter das vorgesehene Maß heruntergehen, dann würde der Anreiz zu einem schnellen Schiffbau schwinden. Die Befürchtung, daß die Schiffe nicht genügende Frachten finden dürften, ist grundlos in Anbetracht des großen Bedarfs an Rohstoffen, den wir nach dem Kriege haben werden. Reedereien und dann die Schiffe, denn nichts kann einfach dem Auslande die kolossalen Frachtsätze zahlen, die sich aus dem Angebot und der Nachfrage ergeben. Unser Ziel muß es sein, uns in Zukunft von den englischen Schiffen, auf die wir sonst wieder zurückgreifen müßten, völlig frei zu machen.

Abg. Stadthagen (U. S.): Bei der Dampfersubvention von 1885 handelte es sich um keine Subvention der Reeder als solche, sondern um eine Subvention der Postdampfer. Kein einziger Sozialdemokrat hat für diese Subvention in dritter Lesung gestimmt, nachdem unsere Anträge abgelehnt waren. Es ist unwahr, daß die Reeder in dem Krieg am meisten gelitten haben. Es soll den Reedern ein Geschenk gemacht werden, das höher ist als die ganze Handelsflotte vor dem Krieg wert war; es ist eine Ueberzahle auf Kosten der Armen und Aermsten, speziell des Mittelstandes, von dem Tausende durch den Krieg ohne Existenz waren. Auch hier wird nur die Ersatzsumme bezahlt werden dürfen. Auch hier wird nur die Ersatzsumme, daß bei der Regierungsentwürfe das Richtige getroffen haben, um